

Torsten Bultmann (Hrsg.)

# Prekarisierung der Wissenschaft

Manuskripte

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Manuskripte 78

Rosa-Luxemburg-Stiftung

TORSTEN BULTMANN (HRSG.)

# **Prekarisierung der Wissenschaft**

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 78

ISBN 978-3-320-02163-4

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2008

Satz: Marion Schüttrumpf

Druck und Verarbeitung: Mediaservice GmbH Bären Druck und Werbung

Printed in Germany

# Inhalt

*Torsten Bultmann*

Einleitung: Hochschulentwicklung im Spannungsfeld von »Exzellenz«,  
»Elite«, Unterfinanzierung und Niedrigstlohn 7

*Thomas Goes*

Die Hochschule als Wandelhalle – Anmerkungen und Fragen  
zu Prekarisierung und deren (politische) Verarbeitungsformen im  
Wissenschaftsbetrieb 12

*Lars Bretthauer, Daniel von Fromberg*

Prekarisierung und Marginalisierung der Kritik.  
Eine politische Polemik 23

*Elisabeth Meyer-Renschhausen*

»Verschrottung des Mittelbaus« – Vom Umgang mit den Privatdozenten  
als Symptom neuer Intellektuellenfeindschaft 41

*Gisela Notz*

Geschlechterstereotypen und weibliche Karrieremuster  
in der Wissenschaft 53

*Magnus Treiber*

»Streik« – Ein Lehrbeauftragter resümiert Erfahrungen 59

*Andreas Keller*

Visionen und Grundbausteine einer Reform der Personalstruktur  
an Hochschulen 64



## **Einleitung: Hochschulentwicklung im Spannungsfeld von »Exzellenz«, »Elite«, Unterfinanzierung und Niedriglohn**

Am 11. und 12. Januar 2008 fand unter Federführung des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) an der Universität Leipzig eine Tagung zum Thema »Prekarisierung von Wissenschaft und wissenschaftlichen Arbeitsverhältnissen« statt. Kooperationspartner waren die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) sowie der StudentInnenrat der Uni Leipzig. Ohne diese Partner wäre die Durchführung der Tagung nicht möglich gewesen. Ihnen sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt!

Der vorliegende Band vereinigt die Verschriftlichung einiger exemplarischer, die vielfältigen Facetten des Themas auslotender, Vorträge dieser Veranstaltung. Sie sollen vor allem die Fortsetzung der in vielen Punkten noch »offen« gebliebenen, teilweise kontroversen – aber gerade deswegen ergiebigen – Diskussion ermöglichen.

Ziel der Tagung war es zunächst, dem Phänomen zunehmend prekarisierter wissenschaftlicher Beschäftigungsbedingungen auf der untersten Hierarchiestufe des akademischen Personals an Hochschulen die öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen, die es verdient. Zweitens sollte eine kritische Analyse dieser Befunde mit der Diskussion zumindest erster strategischer Gegen-Überlegungen in Richtung einer Hochschulreform verknüpft werden, die kalkulierbare und fair entlohnte wissenschaftliche Berufsausübung mit der *inhaltlichen* Perspektive gesellschaftlicher Verantwortung der Wissenschaft verbindet. In diesem Sinne sollten auf der Tagung auch die verschiedenen politischen Milieus gewerkschaftlicher Hochschulpolitik auf der einen und kritischer Wissenschaftszirkel auf der anderen Seite miteinander ins Gespräch gebracht werden. Der Beitrag von *Andreas Keller* im Abschlussplenum versucht diese verschiedenen Facetten des Problems miteinander zu vermitteln: Er ordnet die Fehlentwicklungen der deutschen Hochschulpersonalstruktur historisch ein und stellt Grundüberlegungen für deren Reform vor.

Einige Anmerkungen zur Genese des Problems: Eine Art erste breitere öffentliche Aufmerksamkeit erzielte das WDR-Politmagazin Monitor Anfang März 2007, als es auf Zustände an der Universität Hamburg aufmerksam machte. Dort wurde ein promovierter Archäologe vorgestellt, der für seinen Professor eine Ausgrabung in Äthiopien leitete – auf Ein-Euro-Basis. Dazu gesellten sich weitere Billiglehrkräfte an der gleichen Universität, die als Privatdozenten oder Lehrbeauftragte für 300,- Euro pro Semester oder weniger – oder auch völlig unentgeltlich – immer größere Anteile des Pflichtlehrangebotes mancher Fachbereiche absichern. Diese negative Entwicklung zeichnet sich bereits seit längerem ab – und

erhält offenbar aktuell zugleich eine neuartige Zuspitzung. Seit Ende der 1970er Jahre, spätestens jedoch seit der 3. HRG-Novelle und dem sog. Zeitvertragsgesetz (1985) wird die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschule in Lehre und Forschung überwiegend durch eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Mittelbaus aufgefangen.

In letzter Zeit häufen sich Meldungen, die auf die Phänomene eines wachsenden »akademischen Proletariats« hinweisen, wodurch die bisherigen Verschlechterungen nicht nur graduell fortgesetzt werden, sondern möglicherweise eine neue Qualität in der Entwicklung des sich zwischen Massenbetrieb und »Exzellenzzentren« polarisierenden deutschen *Hochschulsystems* angezeigt ist.

Ob man diesen Trend mit dem Begriff »Prekarisierung« belegen kann, wurde auf der Tagung kontrovers diskutiert. Ein Einwand lautete, dass AkademikerInnen immer noch über ein weitaus höheres kulturelles Kapital zur Gestaltung ihrer Lebensperspektiven verfügen als etwa SchulabbrecherInnen bzw. ungelernte Hartz IV-EmpfängerInnen – und man könne nicht völlig disparate Lebenslagen unter einem, diese Unterschiede unerkennbar machenden, Oberbegriff subsumieren. Die Gegenposition: Prekarisierung sei ein *allgemeiner* Trend der Herausbildung eines neuen Arbeitsmarkt- und Sozialregimes unter neoliberaler Dominanz, der sich in verschiedenen sozialen Milieus natürlich spezifisch auswirkt. Also käme es darauf an, auch im Sinne einer Verknüpfung politischer Kämpfe, das *Gemeinsame* von Prekarisierungserfahrungen dialektisch mit der präzisen Beschreibung der Unterschiede in verschiednen sozialen Lagen zu verbinden. Für diesen Ansatz argumentiert etwa der Beitrag von *Lars Bretthauer* und *Daniel von Fromberg*. Beide plädieren gleichzeitig dafür, den Kampf gegen Prekarität mit der Perspektive einer Verteidigung kritischer Wissenschaft zu verbinden.

Einigkeit herrschte auf der Tagung vermutlich darüber, dass der Begriff Prekarität, wenn man ihn verwenden will, nicht auf die traditionellen hochschulrechtlichen und tariflichen Beschäftigungsstandards des sog. akademischen Mittelbaus angewandt werden kann – ungeachtet dessen, dass auch diese in den letzten 20 Jahren sich kontinuierlich verschlechtert haben –, sondern das dieser Begriff vor allem den Zuwachs »irregulärer« oder *atypischer* Beschäftigungsverhältnisse adäquat bezeichnet. Als gesichert gilt tatsächlich, dass relativ und absolut die Zahl dieser atypischen wissenschaftlichen Beschäftigten (vorrangig Lehrbeauftragte und PrivatdozentInnen) wächst und dass diese immer mehr zu einer Stütze des *regulären* Lehrangebotes werden: an manchen Fachbereichen betrifft dies bis zu 50 Prozent der Pflichtveranstaltungen. Die Zahl der Lehrbeauftragten ist seit 1994 um 30 Prozent gestiegen.<sup>1</sup> Gemäß einer Umfrage der Berliner GEW (2006) verfü-

1 Die offizielle Statistik weist 2006 eine Zahl von 50 Tsd. Lehrbeauftragten an deutschen Hochschulen aus. Genau genommen werden hier aber keine Personen gezählt, erfasst wird lediglich die Zahl der erteilten Lehraufträge. Die Zahl der Personen liegt vermutlich niedriger, da manche der Betroffenen auch zwei bis drei Lehraufträge pro Semester anbieten, um materiell über die Runden zu kommen. Dadurch wird die Sache aber auch nicht besser!



gen 60 Prozent der befragten Lehrbeauftragten über ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als tausend Euro (aus diversen Honorartätigkeiten).

Signifikant an dieser Entwicklung ist nun, wie Personalkategorien an deutschen Hochschulen, die traditionell eine ganz andere Bestimmung hatten, unter den genannten Umständen einen *Funktionswandel* erfahren. Die Institution der *Privatdozentur* etwa ist eine sperrige Besonderheit der deutschen Wissenschaftstradition. Sie bezeichnet eine »Übergangsphase« zwischen erfolgreicher Habilitation und Berufung auf eine Professorenstelle, während derer die Betroffenen verpflichtet sind, zum Erhalt ihrer »Berufungsfähigkeit« unentgeltliche Lehrveranstaltungen an ihrer Heimatfakultät anzubieten. In dem Maße nun wie aufgrund politischer (Spar-)Entscheidungen die Professorenstellen an Universitäten – vorrangig in des Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften – nicht ausgebaut oder gar gestrichen wurden, aber gleichzeitig die Zahl der Habilitationen ständig stieg, entwickelte sich aus einer Übergangsphase für viele eine Langzeit-, wenn nicht gar eine Dauerperspektive. Mehr noch: die Hochschulverwaltungen nutzen diese spezifische Personalressource gezielt, um personelle Engpässe im Lehrangebot durch unbezahlten Einsatz von PrivatdozentInnen zu überbrücken. Zu diesem Zweck wurden sogar, zuvor eher großzügig gewährte, Ausnahme- und Mobilitätsregelungen eingeschränkt. Mit dieser Problematik beschäftigt sich der Beitrag von *Elisabeth Meyer-Renschhausen*.

Ursprünglich sollten Lehraufträge eine Ergänzung der Studienangebote durch Menschen aus der (normalbeschäftigten) Berufspraxis – und damit eine willkommene Form des Austausches zwischen Hochschule und Gesellschaft – sein. Mittlerweile wächst der relative Anteil derjenigen, die von Lehraufträgen (im Schnitt: 300,- Euro pro Semester) und anderen Honorartätigkeiten »hauptberuflich« leben. Der allgemeine Trend der Deregulierung von Arbeitsverhältnissen (»Arbeitskraftunternehmer«) nimmt im Wissenschaftsbetrieb offenbar spezifische Formen der Herausbildung einer neuartigen Schicht hochqualifizierter gering entlohnter schein-selbständiger Wissensarbeiter an.<sup>2</sup> Diese Gemeinsamkeit von Prekarisierungserfahrungen darf wiederum den Blick auf Unterschiede nicht trüben, die sich historisch zwischen verschiedenen Gruppen im deutschen Hochschulsystems herausgebildet haben. In diesem Sinne diskutiert der Beitrag von *Gisela Notz* die neuen Trends in ihrem Verhältnis zur Spezifik weiblicher akademischer Karrieremuster, wie diese sich seit Jahrzehnten unterscheidbar von den männlichen Komplementärformen entwickelt hatten.

Und eine Trendumkehr ist derzeit nicht in Sicht. Die »offizielle« Hochschulpolitik verhält sich zu dem Problem nicht und verwickelt sich in Widersprüche: alle offiziellen Gremien, Institutionen und Verbände (von Wissenschaftsrat bis

2 Allerdings erfolgt dies auch nicht gleichmäßig, sondern die Probleme sind in den einzelnen Fachgebieten sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Beschäftigungsbedingungen sind dort noch relativ am besten, wo Beschäftigung an der Hochschule in Konkurrenz zu außerhochschulischen Arbeitsmärkten steht, etwa im Bereich der technischen und ingenieurausbildenden Fächer.

HRK) beklagen diesen Zustand natürlich und nehmen ihn zum Anlass, von der Politik plakativ mehr Geld für die Hochschulen zu fordern, gleichzeitig fördern sie aber eine Entwicklung, die von einer zunehmenden Hierarchisierung der Hochschullandschaft zwischen den Polen (Forschungs-)Exzellenz (»Elite«) und unterfinanziertem Massenbetrieb im grundständigen Studium geprägt ist. Zusätzlich wird ohne Zugrundlegung eines wissenschaftspolitischen Konzeptes über neue Stellenkategorien (»Lecturer«) bzw. eine neuartige Unterscheidung zwischen Lehr- und Forschungsprofessuren nachgedacht. Allen offiziellen Wettbewerbsindikatoren, Sonderprogrammen (»Exzellenzinitiative«) und Förderkriterien zufolge winken finanzielle Zuwächse vor allem in der sog. international vergleichsfähigen Spitzenforschung. Für die hier engagierten WissenschaftlerInnen wird etwa die Senkung der Lehrdeputate gefordert. Solange dieser Lehrausfall nicht durch Neueinstellungen wissenschaftlicher MitarbeiterInnen kompensiert wird, zumal bei steigenden Studierendenzahlen, dürfte sich der Zugriff auf Billiglehrkräfte verstärken. Aus der einzelbetrieblichen Perspektive einer einzelnen Hochschule lohnen sich für deren Leitung, wenn sie finanzielle Zuwächse erwirtschaften will, materielle und personelle Verbesserungen des Lehrbetriebes kaum. Stattdessen werden die knappen Ressourcen in der Forschungsinfrastruktur konzentriert. Im Zusammenwirken dieser Trends entsteht eine Negativspirale, die dazu führt, dass die immer größeren »Lücken« im Lehrangebot immer stärker durch Irreguläre gefüllt werden. Im Resultat wird dadurch aber keineswegs »gute« Forschung gefördert, weil deren notwendiger wissenschaftlicher »Unterbau« zunehmend wegbricht!

Einigkeit herrschte auf der Tagung darüber, dass die Mindestvoraussetzung für eine Trendumkehr die politische Intervention und Selbstorganisation der Betroffenen darstellt. Eine lobbyistische Politik »in deren Namen« allein könnte dies nicht bewirken. Hier fangen die Schwierigkeiten einer »Organisierung der Nicht-Organisierbaren« erst so richtig an. Akademische Milieus sind traditionell gewerkschaftsfeindlich, von individualisierten Arbeitsstilen und – vor allem – Aufstiegsperspektiven geprägt. Der Beitrag von *Thomas Goes* diskutiert solche Perspektiven der (Selbst-) Organisation vor dem Hintergrund spezifischer und typischer Realitätsverarbeitungen im Wissenschaftsbereich. Der Text ist gleichzeitig eine gelungene Einführung in die verschiedenen Facetten von Prekarisierungstheorien.

Der Widerspruch ist der, dass etwa Lehrbeauftragte in dem Maße, wie der Lehrbetrieb in einzelnen Fächern zunehmend von ihnen abhängt, durch kollektives Handeln grundsätzlich auch eine Art Druckpotential entwickeln können, gleichzeitig sind diese in ihrer Lebens- und Arbeitsweise komplett individualisiert, und ihrer aller Hoffnung auf Festanstellung und/oder Berufung hängt davon ab, dass sie es sich mit den führenden akademischen Netzwerken nicht verderben. Vor diesem Hintergrund reflektiert der Beitrag von *Magnus Treiber* aus der Perspektive eines (Mit-)Organisators die Widersprüche des ersten Lehrbeauftragten-Streiks

der deutschen Geschichte, der im Sommersemester 2006 am Institut für Ethnologie und Afrikanistik der Universität München durchgeführt wurde – im gleichen Zeitraum als der Uni offiziell das Prädikat »Eliteuniversität« erhielt!

Kontrovers bis zum Schluss waren die Fragen, an welchen Vorstellungen von »Normalität« sich die politische Bekämpfung von »Prekarität«, zumal an den Hochschulen, letztendlich orientieren muss und wie sich im wesentlichen »richtige« Forderungen und Programme, die etwa die auf der Tagung anwesenden GewerkschaftsvertreterInnen entwickelten, in Selbstorganisation und Basispolitik im Rahmen akademischer Milieus umsetzen lassen, wie sie der Spezifik dieser Milieus Rechnung tragen. Das könnte etwa das Thema einer vertiefenden Nachfolgeveranstaltung sein, für welche der vorliegende Band eine gute Diskussionsgrundlage darstellt.

Bonn, den 7. Mai 2008

THOMAS GOES

## **Die Hochschule als Wandelhalle. Anmerkungen und Fragen zu Prekarisierung und deren (politische) Verarbeitungsformen im Wissenschaftsbetrieb.<sup>1</sup>**

### **Vorbemerkung**

Die folgenden Thesen und Fragen wurden im Workshop »Theorie der Prekarisierung« vorgetragen. Geplant als Theoriediskussion, entwickelte sich das Gespräch zu einer vielmehr theoretisch fundierten Auseinandersetzung über politische Handlungsbedingungen und -möglichkeiten an den (Fach-) Hochschulen. Wie könnte eine Politik der Entprekarisierung gelingen? Ich konzentriere mich auf die möglichen Akteure einer solchen Politik – die NachwuchswissenschaftlerInnen, die DoktorandInnen, wissenschaftlichen Hilfskräfte und die sich weiterqualifizierenden Lehrbeauftragten. Notwendig ist dies, weil von Prekarität nur sinnvoll gesprochen und politisch diskutiert werden kann, wenn von den individuellen Erfahrungen der Beschäftigten ausgegangen wird. Beschäftigungsverhältnisse, die objektiv als prekär gelten könnten (z. B. befristete Verträge in Forschungsprojekten), müssen nicht als solche empfunden werden. Abhängig ist dieses Empfinden nicht zuletzt vom bisherigen und noch zu erwartenden Berufsweg. Werden Arbeitsverhältnisse als prekär empfunden, ist es auch von politischen Interventionen und Angeboten abhängig, wie diese politisch verarbeitet werden. Insbesondere dann, wenn nach den Auswirkungen von Prekarisierung auf die Möglichkeitsbedingungen einer kollektiven Interessenpolitik gefragt wird, plädiere ich für ein Konzept von Prekaritätsforschung, das auch Entwicklungen auf der Ebene der politischen Repräsentation mit einbezieht. Meine These: Letztlich ist es von einer gegenstandadäquaten und den Problemen angemessene Politik abhängig, wie Beschäftigte sich verhalten. Grund genug also für eine gewerkschaftlich orientierte Interessenpolitik. Wie diese auszusehen hat, muss tastend herausgefunden werden. Das hat zwei Gründe. Erstens, weil wir bisher nur wenig über Probleme und daraus resultierende Bedürfnisse prekär beschäftigter WissenschaftlerInnen wissen. Zweitens, weil gewerkschaftliche Interessenpolitik nicht von außen erfunden werden kann. Gewerkschaftspolitik müsste daher von den spezifischen Gesellschaftsbildern, Werten, Sozialbeziehungen, Solidartraditionen und Organisationserfahrungen innerhalb des akademischen Milieus ausgehen.

Diesen Gedankengang möchte ich im Folgenden erläutern – und dabei noch mehr Fragen aufwerfen, als Antworten geben. Zuvor jedoch einige Anmerkungen zur Prekarisierungsdebatte und zum Prekaritätsbegriff.

1 Ausarbeitung des Redebeitrages.

## Prekarisierung als Forschungsgegenstand

Im deutschen Sprachraum stammt der bisher umfangreichste akademische Debattenbeitrag zur »Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft« aus dem Forschungszusammenhang um Klaus Dörre in Jena (vgl. Brinkmann et al.: 2006; Candeias: 2006; Dörre: 2003; Dörre: 2005a/ 2005b/ 2005c).<sup>2</sup>

Große wissenschaftliche Kontroversen sind bisher nicht entstanden. Dies dürfte der noch überschaubaren empirischen Forschungslage geschuldet sein (kritisch: Hürtgen: 2008). Bemerkenswerte Differenzen treten erst in den Vordergrund, wenn die politischen Interpretationen und Fragen, sowie die damit verbundenen Forschungsperspektiven betrachtet werden. Ich unterscheide zwischen einer *Verfallsperspektive* (1) (z. B. Castel: 2000/ 2001; Bourdieu: 1997/ 1998a/ 1998b/ 1998c; Pialoux/Beaud: 1997) und einer vorsichtigen *Suchperspektive* (2), die nach neu entstehenden sozialen Beziehungen, politischen Netzwerken etc. jenseits der fordistischen »Zivilisation der Arbeit« Ausschau hält (z. B. Candeias: 2007; Hauer: 2007; Röttger: 2007a; 2007b). Nicht selten liegt dieser Perspektive eine dezidierte Kritik am sog. fordistischen Fabrik- und Arbeitsregime zu Grunde.

Kontrovers ließe sich darüber hinaus allenfalls über Teilaspekte streiten, die bisher allerdings nicht im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Untersuchungen standen. *Erstens*, fördert es tatsächlich die Erkenntnis den Begriff Prekariat zu benutzen? Oder gehört er als möglicherweise identitätsstiftendes Symbol ausschließlich in die politische Arena? *Zweitens*, wie weit reichen Prekarisierungsprozesse strukturell tatsächlich? Die aktuelle Diskussion innerhalb der segmentationstheoretischen Arbeitsmarktforschung deutet darauf hin, dass auch zukünftig – wengleich modifiziert – zwischen Kern- und Randbelegschaften zu unterscheiden sein wird (Köhler/Struck/Bultemeier: 2004; Köhler/Götzelt/Schröder: 2006). Das relativiert keineswegs die Brisanz der Entwicklung, lenkt die Aufmerksamkeit jedoch noch stärker als zuvor auf soziale und politische Disziplinierungs-, Fragmentierungs- und Schließungsprozesse (vgl. Kock: 1990/1994). *Drittens*, welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die sozialstaatlich und korporatistisch geprägten generationellen Erfahrungen? Gerechtigkeitsempfinden sowie politische und soziale Ansprüche wurzeln in einer »moralischen Ökonomie«, wie sie sich im deutschen Produktions- und Sozialmodell herausbilden konnte. Analog zu Edward P. Thompsons Überlegungen zum Selbstbildungsprozess sozialer Klassen in der englischen Gesellschaft schlage ich vor, von einer im »Zeitalter der Extreme« (Hobsbawm) ausgebildeten sozialstaatskapitalistischen »moral economy« zu sprechen (vgl. Thompson: 1980). Es bleiben nachhaltige Bedürfnisse nach sozialer Anerkennung, gesellschaftlicher Teilhabe und sozialstaatlicher Regulierung (Nachtwey/Spier: 2007: 28 – 31). *Viertens*, welche Auswir-

2 Ein weites Feld sind die Debatten der nicht-akademischen und radikaleren Linken. Sieh hierzu beispielsweise die Zeitschrift Grundrisse. *Zeitschrift für Theorie & Praxis*, den Euromayday oder die Beiträge des *Kritischen Bewegungsdiskurses*.

kung haben Prekarisierungsprozesse auf die (beruflichen) Qualifizierungsprozesse? Erodieren die Chancen für prekär Beschäftigte? Wächst gleichzeitig der Druck zur Veredelung der eigenen Warenqualität? Auf diese Aspekte werde ich im Weiteren nicht mehr zurückkommen.

### **Prekarität allerorten?**

Was gilt als prekär? Weit verbreitet ist eine Definition, die als normative Referenzfolie das sog. Normalarbeitsverhältnis zu Grunde legt. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass Prekarität einen subjektiven Kern hat – sie muss erlebt und empfunden werden (vgl. Kraemer/Speidel: 2004: 121). Mayer-Ahuja definiert eine Beschäftigung als prekär, wenn sie ökonomisch-materielle, rechtliche und soziale Standards des Normalarbeitsverhältnisses unterschreiten (vgl. Mayer-Ahuja: 2003: 37). Prekarität ist folglich nicht gleichbedeutend mit vollständiger Ausgrenzung aus der Erwerbsarbeit, absoluter Armut oder sozialer Isolation. Prekär ist eine Beschäftigung, wenn eine Ausstattung mit existenzsichernden Löhnen und Gehältern, eine sozial-, arbeits- und tarifrechtliche Absicherung nicht gegeben und die stabile Integration ins Betriebsleben nicht möglich ist. Ob ein Beschäftigungsverhältnis von Betroffenen tatsächlich als prekär empfunden wird, lässt sich anhand dieser Kriterien allerdings nicht schlussfolgern. Die Dimension der subjektiven Bewertungs- und Verarbeitungsformen wird relevant, wenn die Auswirkungen prekärer Erwerbsarbeit auf Einstellungen, Verhaltensweisen und die Form der Lebensführung untersucht werden soll. Objektiv prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen aus der Perspektive der Beschäftigten nicht prekär empfunden werden. Leiharbeit und Teilzeitarbeit können beispielsweise durchaus frei gewählt sein und – durch sekundäre Sicherungen (z. B. Einkommen der Lebenspartner) stabilisiert – ein normales (Erwerbs-) Leben ermöglichen. Prekäre Verhältnisse müssen subjektiv nicht als solche (an-) erkannt werden; entsprechend kann ein Beschäftigungsverhältnis auch dann prekär sein, wenn Betroffene es nicht bewusst als solches bezeichnen. »Dabei beeinflussen der Neigungswinkel der Erwerbsbiographie, individuelle Qualifikationen und Kompetenzen, Geschlecht, Ethnie und Lebensalter die Art der Auseinandersetzung mit und die Bewertung von prekären Beschäftigungsverhältnissen« (Brinkmann/Dörre/Röbenack: 2006: 17). Da die Beschäftigung jenseits eines Acht-Stunden-Tages außer Haus und auf nicht-existenzsicherndem Lohnniveau innerhalb des Wissenschaftsbetriebes überdurchschnittlich weit verbreitet ist (Klecha: 2007: 27), dürfte die »Akzeptanz« – Akzeptanz heißt nicht Einverständnis – dieser Beschäftigungsformen hier relativ stark sein. Zwischen Studienabschluss, Promotion und gesicherter Beschäftigung liegt oftmals eine Durststrecke unsicherer und tendenziell prekärer Erwerbsverhältnisse. Manche erreichen das angestrebte Ziel niemals.

Als prekär gilt im Weiteren ein Arbeitsverhältnis (vgl. Mayer-Ahuja: 2003: 37; Dörre/Kraemer/Speidel: 2004: 379 – 380)

1. Wenn die Entlohnung nicht existenzsichernd ist bzw. ein sozial anerkanntes kulturelles Minimum unterschreitet (Reproduktiv-materielle Dimension).

2. Wenn keine gleichberechtigte Integration in soziale Netze möglich ist, die sich am Arbeitsort oder durch die Erwerbstätigkeit herausbilden (Sozial-kommunikativer Dimension).

3. Wenn soziale Rechte und Partizipationsmöglichkeiten nicht wahrgenommen werden können (Rechtlich-institutionelle Dimension).

4. Wenn sie Beschäftigungssicherheit bzw. Beschäftigungsstabilität nicht gegeben ist, d.h. mittelfristige Lebens- und Karriereplanungen behindert werden.

Zu Grunde liegt dieser Definition ein mehrschichtiger Teilhabebegriff. Er verweist auf Formen der gesellschaftlichen Teilhabe, wie sie sich im deutschen Produktions- und Sozialmodell bis Ende der 1970er Jahre herausbilden konnten (fordistischer Teilhabemodus) (vgl. Bartelheimer: 2007). Prekarität schließt von einer oder mehreren dieser Teilhabeformen aus.

Besonders wichtig für das Problem der unsicheren Beschäftigung in der Wissenschaft ist das Empfinden (siehe unten). Insofern ist die relationale Begriffsbestimmung hilfreich. Gleichwohl birgt sie ein Problem. Denn dort, wo atypische und prekäre Beschäftigung normal ist, ist die normative Bezugnahme auf das Normalarbeitsverhältnis nicht ohne weiteres möglich. Für diese Begriffsbestimmung spricht jedoch zweierlei. Erstens können sich unsicher Beschäftigte mit ähnlich qualifizierten Erwerbstätigen außerhalb der Universität vergleichen – was, selbst wenn objektiv prekär beschäftigt, auch dazu führen kann, dass die eigene Lage positiv bewertet wird. Zweitens ist das Ausmaß prekärer Beschäftigung nicht in allen Disziplinen gleich. Auch inneruniversitär, wengleich über die Fachgrenzen hinweg, kann also ein Vergleich stattfinden. Hinsichtlich der verschiedenen Teilhabeformen ist es in diesem Zusammenhang schließlich unerheblich, ob es ein hohes Maß an prekärer Beschäftigung gibt.

## **Politik und Verarbeitungsformen**

Meine einleitende These war, dass die Art und Weise der Verarbeitung von Prekarisierungserfahrungen abhängig ist von politischen Interventionen. Allerdings müssen diese zu den spezifischen Milieubedingungen passen. Sind prekär Beschäftigte also für eine solidarische Interessenpolitik ansprechbar? Vier Aspekte, die darauf einwirken, sind zu berücksichtigen. *Erstens*, welche Sozialbeziehungen existieren traditionell in Milieus und in den Betrieben? *Zweitens*, werden Arbeits- oder allgemeiner Konflikterfahrungen im Arbeitsleben individuell oder kollektiv verarbeitet? *Drittens*, welche Formen von Solidaritätspraxen, »politischen Utopien« und Gesellschaftsbildern herrschen in den jeweiligen sozialen Milieus und

in einer Wirtschaftsbranche (z. B. Automobilindustrie oder Forschungsinstitute) vor? *Viertens*, gibt es bereits gewerkschaftliche Organisationserfahrungen, bzw. Traditionen?

M.E. lässt sich für das akademische Milieu folgendes Bild skizzieren<sup>3</sup>

*Annahme 1: Sozialbeziehungen in Milieu und Arbeitsplatz.* Es ist normal, flexibel und individualisiert zu arbeiten. Es herrschen personalisierte Karrierepfade vor (Anlehnung/ Unterordnung an Fachautoritäten).

*Annahme 2: Verarbeitungsformen.* Von großer Relevanz sind hier die vorherrschenden Gesellschaftsbilder in der Intelligenz und die fachlich-inhaltlichen und materiellen Erwartungshaltungen. Dass die materiellen Erwartungen prekär arbeitender WissenschaftlerInnen enttäuscht werden, liegt auf der Hand; vermutlich werden aber auch die inhaltlichen Ansprüche häufig nicht erfüllt. Entsprechend der Traditionen und der personalisierten Karrierepfade werden sie aber zunächst individualisiert/ privatisiert. Es bleibt ein Unzufriedenheitspotenzial.

*Annahme 3: Solidartraditionen und politische Utopien*<sup>4</sup>. Die Arbeitssituation ist tendenziell individualisiert und zum Teil konkurrenzuell. Je schlechter die Beschäftigungschancen – je umkämpfter die beruflichen Karrierepfade –, desto härter der Wettbewerb. Gleichzeitig ist Wissenschaft kommunikativ, verlangt nach konstruktiver Kritik und insofern nach Kooperation.

*Annahme 4: Organisationserfahrungen.* Gewerkschaftliche Orientierungen und Traditionen sind so gut wie nicht vorhanden. Bekannt oder bewusst sind allerdings – wenn auch randständig und in kleinen Gruppen –, die Erinnerungen an und die Erfahrungen aus Studierendenprotesten – aus den Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre ebenso, wie aus den Protesten gegen die Einführung von Studiengebühren vor wenigen Jahren. Eine unbekannt große kritische Masse gibt es folglich.

Nicht zuletzt die geschichtswissenschaftliche Arbeiterbewegungsforschung hat hervorgehoben, welche große Rolle traditionelle Sozialbeziehungen und Verarbeitungsformen (z. B. in der frühen Vereinsöffentlichkeit), Solidartraditionen, politische Utopien und Gesellschaftsbilder (z. B. vom gerechten Lohn und Herren), und politische Erfahrungen (bspw. Arbeiterbildungsvereine) bei der Entstehung der frühen Gewerkschaften bzw. neuer kollektiver Identitäten spielten – zweifelsfrei unter ungleich prekäreren als den gegenwärtigen Arbeits- und Lebensbedingungen. Es waren die politischen Initiativen – z. B. die englische Chartistenbewegung

3 Es müsste untersucht werden, mit welchen Problemen unsicher beschäftigte AkademikerInnen konfrontiert sind. Zwei Aspekte, die mir plausibel erscheinen, will ich andeuten: (1) Erschwerter institutioneller Zugang zu Ressourcen. Dabei kann es sich um (a) finanzielle Mittel oder (b) forschungsrelevante Mittel (Forschungsgruppen, Netzwerke etc. handeln); (2) Druck zur (normalwissenschaftlichen) Weiterqualifizierung – der Druck, aktuell wichtige Themen zu bearbeiten, wächst.

4 Es können an dieser Stelle nur Mutmaßungen angestellt werden. Die vorherrschenden Gesellschaftsbilder, das Gerechtigkeitsempfinden und die vorherrschenden politischen Orientierungen innerhalb des akademischen Milieus müssten untersucht werden. Erst dann ließe sich sinnvoll politisch und handlungsorientiert diskutieren.



oder die deutschen Arbeiterbildungsvereine –, verbunden mit den sozialen Auseinandersetzungen, durch die sich ein kollektives und nachständisches Interessenbewusstsein herausbilden konnte (vgl. Welskopp: 2000; Eisenberg: 1986; Geiling: 1985; Vester: 1972). Heute lässt sich folglich fragen, in welche politischen Projekte, Entwürfe oder Repräsentationsversuche Prekarisierte, Verunsicherte oder Entkoppelte ihre Erfahrungen einschreiben können? Und in welchen politischen Diskursen finden prekär Beschäftigte oder von Deklassierung Bedrohte ihre Interessen berücksichtigt?

## **Die Bedeutung politischer Projekte**

Jörg Flecker und Sabine Kirchenhofer haben in ihrer Studie zum Rechtspopulismus in Österreich gezeigt, dass es gerade das Verschwinden eines glaubwürdigen hegemonialen sozialen sozialdemokratischen – oder allgemeiner: linken – Projektes ist, wodurch der fremdenfeindliche Diskurs der FPÖ in Teilen der Arbeiterklasse und Mittelschichten wirken kann – insbesondere, weil die Mühen und der Druck innerhalb der neuen Arbeitsgesellschaft in einem linken Projekt nicht repräsentiert werden (vgl. Flecker/Kirchhofer: 2007). Den Erfolg der deutschen Partei DIE LINKE führen Politikwissenschaftler dahingegen auf ihre Fähigkeit zurück, die Gerechtigkeitslücke zu füllen, die eine neue Marktsozialdemokratie hinterlassen hat (vgl. Nachtwey: 2007; Nachtwey/Spier: 2007). Repräsentations- und Anerkennungsbedürfnisse können folglich sehr verschieden befriedigt werden!

## **Soziale Klassenlaufbahnen und gesellschaftliche Utopien**

Welche Bedeutung auch gegenwärtig betriebliche und außerbetriebliche Sozialbeziehungen sowie die sozialen und politischen Zukunftserwartungen für die politische Handlungsfähigkeit- bzw. Bereitschaft haben, zeigen Michel Pialoux und Stephan Beaud in ihrer Studie »Die verlorene Zukunft der Arbeiter« (vgl. Pialoux/Beaud: 2004; 1997). In einer dichten Beschreibung des betrieblichen Sozialzusammenhangs in den Peugeot-Werken von Sochaux-Montbéliard (einer alten Hochburg der kommunistischen Gewerkschaft CGT) gelingt es den Autoren, die demoralisierende Wirkung generationeller Deklassierungserfahrungen sowie durch veränderte Arbeitsorganisation und Beschäftigungsstrategien (z. B. befristete Beschäftigungsverhältnisse) zerrissener sozialer Netze sichtbar zu machen. Nach einer Phase des intensiven Rückgriffs auf Leiharbeit durch das Unternehmen in den Jahren 1987 – 1990 und zum Teil erfolgten Übernahmen ehemaliger Leiharbeiter in die Stammebelegschaft, spaltete sich die Belegschaft in zwei Gruppen: in die der Angelernten, die in den 1970er Jahren ihre Arbeit in der Fabrik fan-

den, und in die der jungen (ehemaligen) Leiharbeiter, die Ende der 1980er Jahre in die Fabrik kamen. Es entwickelte sich eine soziale Distanz zwischen beiden Gruppen, jede blieb für sich. »Was sie in der Tat unterscheidet, ist die Art der Generationenbildung, die ›Fabrikgeneration‹ – die Angelernten, die vor der Krise in die Fabrik eingetreten sind – steht einer ›Generation der Prekären‹ gegenüber, die ständig auf der Suche nach einer festen Anstellung sind [...]« (Pialoux/Beaud: 1997: 314). Die Auflösung oder Restrukturierung gewohnter betrieblicher und außerbetrieblicher sozialer Netze, die intergenerationellen Deklassierungserfahrungen oder -ängste und schließlich – auch hier – ein verschwindendes glaubwürdiges soziales linkes Projekt aus der politischen Repräsentation bilden eine Erklärung für Wahlerfolge der rechtsextremen Front National in der traditionellen Arbeiterklasse.

Dass gerade Arbeitserfahrungen die politische Bewusstseins- und Identitätsbildung nach wie vor stark beeinflussen, zeigen beide Studien; soziale, geschweige denn politische Identität fließt allerdings nicht aus den Werkbänken – oder den Computerboards (vgl. Mandel: 1994; Bensaïd: 2006). Es sind die politischen Gruppen, Organisationen und Bewegungen, die in der Zivilgesellschaft und im politischen Staat Interpretations- und konkrete Politikangebote vortragen. Verwoben mit den jeweils milieuspezifischen Werten und Normen einerseits, den ökonomischen und arbeitsweltlichen Erfahrungen andererseits wirken sie auf die politische Problemwahrnehmung zurück (vgl. Vester: 1972; von Oertzen: 2004). In diesem einfachen und engen Sinne dominiert das Politische die rein ökonomischen Konfliktkonstellationen. Es wäre schlechter Soziologismus, würde man von den widerstreitenden Politikangeboten abstrahieren (vgl. Laclau/Mouffe: 2002; Mouffe: 2005; 2007). Diese Bemerkungen führen zur Hegemonietheorie, auf die ich an dieser Stelle nicht weiter eingehe.

### **»Tous ensemble contre la précarité«! ... auch in der Wissenschaft?**

Was lässt sich über die Aussichten einer Politik, die die soziale Autonomie der Beschäftigten stärken will, an den Hochschulen daraus schlussfolgern?

Zunächst müssen wir von der Normalität atypischer und tendenziell prekärer Beschäftigung an deutschen Hochschulen ausgehen. In den vergangenen 40 Jahren stieg die Zahl der Akademiker an; dem Ausbau befristeter Stellen folgte jedoch kein Ausbau der Lebenszeitstellen. Drittmittelforschung lässt vor allem die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter wachsen: »Unter dem Eindruck des gewachsenen Drittmittelanteils erodiert das wissenschaftliche Normalarbeitsverhältnis zugunsten von Projektstellen. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter bekommen außerdem mehr Tätigkeiten zugewiesen und können folglich weniger eigene wissenschaftliche Arbeit tätigen. Daraus folgt eine Aufwertung der Professoren.« (Klecha: 2007: 30). Schwieriger wird es in jedem Fall, Beruf und Familie relativ

autonom zu planen. Die personalisierte Abhängigkeit von LehrstuhlinhaberInnen wächst.

Allerdings führt dies nicht automatisch zu Mangelgefühlen oder Problembewusstsein. Ein Teil der »objektiv« prekär beschäftigten AkademikerInnen sieht die Arbeit an der Hochschule nur als einen Schritt auf dem Karrierepfad. Sie verstehen den Wissenschaftsbetrieb als eine Wandelhalle der weiteren Ausbildung – wobei der Ausgang fest im Blick bleibt (Klecha: 2007: 33). Allerdings wird der Ausgang nicht immer zielstrebig gesucht. »So kann auch dann eine Strategie des Verbleibs an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen erstrebenswert bleiben, selbst wenn der Weg in die gesicherte Dauerstellung versperrt bleibt. Denn die Hoffnung auf eine stabile Berufskarriere außerhalb der Wissenschaft ist für Hochschulabsolventen insgesamt vage.« (Klecha: 2007: 33). Die Wandelhalle kann so zum Parkplatz oder gar zum Abstellgleis werden. Dass der Ausstieg aus dem Wissenschaftsbetrieb attraktiv ist, dürfte nicht zuletzt den Berufsaussichten innerhalb des Systems geschuldet sein.

## **Wissenschaft als Wandelhalle**

Was wissen wir über den Umgang mit prekären Beschäftigungssituationen im Wissenschaftsbereich? In der bereits zitierten Studie des Instituts für Regionalforschung (vgl. Institut für Regionalforschung: 2007), die sich allerdings ausschließlich auf die Situation von DoktorandInnen bezieht, werden verschiedene Idealtypen des Umgangs mit unsicherer Beschäftigung gebildet. Unterschieden wird zwischen Prekaritätsmanagern (1), Karriereorientierten Idealisten (2), einer fragilen Mitte (3), den Gelegenheitswissenschaftlern (4) und den Übergangswissenschaftlern (5).

Während die Übergangswissenschaftler den Wissenschaftsbereich nur als Zwischenstation betrachten – und sich entsprechend kaum mit den Besonderheiten und Problemen darin auseinandersetzen –, verdrängen die karriereorientierten Idealisten die Prekaritätsproblematik. Sie vertrauen ihren bisherigen Erfolgen und blicken weiteren entgegen (Klecha: 2007: 56). Dafür nehmen sie auch die eigene Prekarität in Kauf. Eine ambivalente Haltung drückt sich in der fragilen Mitte aus. »Während (...) karriereorientierte Idealisten die Regeln des Systems akzeptieren und antizipieren, wehrt sich die fragile Mitte noch dagegen, sich nur auf die Regeln des Systems wissenschaftlicher Nachwuchsausbildung einzulassen. Die Bereitschaft, eine unsicherer Beschäftigungslage hinzunehmen, Teile der eigenen Qualifikation nicht mehr nutzen zu können, spezialisiert zu sein und Erwartungen anderer an den Inhalt wissenschaftlicher Arbeit zu erfüllen, sagt der fragilen Mitte nicht zu. Einfach aus dem Wissenschaftsgeschäft auszusteigen, scheint jedoch auch keine Lösung zu sein.« (Klecha: 2007: 57).

Der Gelegenheitswissenschaftler legt sich nicht auf die wissenschaftliche Karriere fest. Er orientiert sich beruflich auch außerhalb der Hochschulen. Die Not-

wendigkeit, sich mit der schlechten Beschäftigungssituation auseinanderzusetzen, dürfte ihm insofern als gering erscheinen. Bleibt der Prekaritätsmanager. Prekaritätsmanager finden sich mit der Unsicherheit ab – für sie überwiegen die inhaltlichen Vorteile der verschiedenen handfesten Nachteile. Häufig werden sie durch Lebenspartner abgesichert (Klecha: 2007: 42 – 45).

Diese nur kursorisch nachgezeichnete Typologie erfasst sicherlich nicht alle Umgangsformen mit Prekarität, die in den Hochschulen vorzufinden sind. Dennoch bietet sie einen sehr guten ersten Einblick. Zentral für die Frage nach den Schwierigkeiten einer kollektiven Interessenvertretung ist ein grundlegender Befund der Studie: Die große Mehrheit der Befragten schätzt ihre eigene Beschäftigungs- und Lebenssituation als überwiegend positiv ein. Objektiv prekäre Beschäftigungssituationen werden keineswegs als solche empfunden – wenngleich Unzufriedenheit vorhanden ist (vgl. Klecha: 2007: 58).

Um begründete Thesen über mögliche Formen einer kollektiven Interessenpolitik gegen Prekarisierung vorzutragen, müssten die Sozialbeziehungen, sozialen und intellektuellen Bedürfnisse und schließlich die handfesten Probleme (materielle, berufliche etc.) prekär arbeitender und forschender Wissenschaftler untersucht werden. Eine Intellektuellensoziologie, die sich dieses Themas annähme, wäre äußerst hilfreich. In diesem Zusammenhang ist eine aktuelle Studie zum politischen Bewusstsein von Studierenden und Nachwuchsakademikern wünschenswert, die als eine Variable die Beschäftigungsperspektiven bzw. die Beschäftigungssituation aufweisen würde.

Angesichts dieses Befundes muss man nicht verzagen. Schließlich dürfte ein handfester Grund für die Attraktivität der Exit-Option (bzw. deren Wirkung) in den vergleichsweise schlechten Beschäftigungsperspektiven innerhalb der Hochschulen liegen. Für eine Bedürfnis- und Problembezogene Arbeitspolitik gibt es im Arbeitsalltag gleichwohl ausreichend Anlass – dass es formelle oder informelle Intellektuellennetzwerke gibt, weist auf das Bedürfnis nach solidarischen Zusammenhängen und ein kritisches Potenzial hin, das sich auch für die Gestaltung der eigenen Arbeitsbedingungen interessieren ließe.<sup>5</sup> Das aber setzt gewerkschaftliche Initiative voraus!

5 Unsystematisch sei hier auf zwei Vereine hingewiesen: Das Kooperationsnetzwerk Bipad ([www.bipad.de](http://www.bipad.de)) oder den Verein Reflect ([www.reflect-online.org](http://www.reflect-online.org)). Vgl. zu Letzterem auch den Beitrag von Lars Bretthauer und Daniel von Fromberg in diesem Band.

## Literatur

- Bartelheimer, Peter (2007): Politik der Teilhabe. Ein soziologischer Beipackzettel. Fachforum Analysen und Kommentare. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.
- Bensaid, Daniel (2006): Eine Welt zu verändern. Bewegungen und Strategien. Münster.
- Bourdieu, Pierre et al. (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (1998a): Der Mythos »Globalisierung« und der europäische Sozialstaat. In: Ders.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. S. 39 – 52. Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (1998b): Prekarität ist überall. In: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, S. 96 – 102. Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (1998c): Der Neoliberalismus. Eine Utopie grenzenloser Ausbeutung wird Realität. In: Ders.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. S. 109 – 118. Konstanz.
- Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus/Röbenack, Silke (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Bonn.
- Candeias, Mario (2006): Handlungsfähigkeit durch Widerspruchsorientierung. Kritik der Analysen von und Politiken gegen Prekarisierung. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung. Hft. 68. Frankfurt/Main. Linksnet. <http://www.linksnet.de/artikel.php?id=2790>. Zugriff am 21.12.2006.
- Candeias, Mario (2007): Handlungsorientierung durch Widerspruchsorientierung. Kritik der Analysen von und Politiken gegen Prekarisierung. In: Klautke, Roland/ Oehrlein, Brigitte (Hg.): Prekarität – Neoliberalismus – Deregulierung. S. 43 – 62. Hamburg.
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz.
- Castel, Robert (2001): Überlegungen zum Stand der sozialen Frage heute: Aushöhlung, Zusammenbruch oder Reorganisation der sozial abgesicherten Erwerbsarbeit. In: Mitteilungen des Instituts für Sozialforschung, Hft. 12. S. 81 – 119. Frankfurt/Main.
- Dörre, Klaus (2003): Neubildung von gesellschaftlichen Klassen. Zur Aktualität des Klassenbegriffs. In: Bischoff, Joachim/Boccarda, Paul/Castel, Robert/ Dörre, Klaus: Klassen und soziale Bewegungen. Strukturen im modernen Kapitalismus. S. 18 – 33. Hamburg.
- Dörre, Klaus (2005a): Entsicerte Arbeitsgesellschaft. Politik der Entprekarisierung. In: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik. Hft. 49, S. 5 – 19. Zürich.
- Dörre, Klaus (2005b): Prekarität. Eine arbeitspolitische Herausforderung. In: WSI-Mitteilungen. Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung. Hft. 5. S. 250 – 259. Frankfurt/Main.
- Dörre, Klaus (2005c): Wiederkehr der Unsicherheit – Konsequenzen für die Arbeitspolitik. In: Detje, Richard/Pickshaus, Klaus/Urban, Hans-Jürgen (Hg.): Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien. S. 73 – 104. Hamburg.
- Dörre, Klaus/Kraemer, Klaus und Speidel, Frederic (2004): Prekäre Arbeit. Ursachen, soziale Auswirkungen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. Nr. 256. S. 378 – 398. Hamburg.
- Eisenberg, Christiane (1986): Deutsche und englische Gewerkschaften: Entstehung und Entwicklung bis 1878 im Vergleich. Bielefeld.
- Flecker, Jörg/ Kirchenhofer, Sabine (2007): Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs. Wien.
- Geiling, Heiko (1985): Die moralische Ökonomie des frühen Proletariats: die Entstehung der Hannoverschen Arbeiterbewegung aus den arbeitenden und armen Volksklassen bis 1875. Frankfurt/Main.
- Hauer, Dirk (2007): Umkämpfte Normalität. Prekarisierung und die Neudefinition proletarischer Reproduktionsbedingungen. In: Klautke, Roland/ Oehrlein, Brigitte (Hg.): Prekarität – Neoliberalismus – Deregulierung. S. 30 – 43. Hamburg.
- Hürtgen, Stefanie (2008): Prekarität als Normalität. Von der Festanstellung zur permanenten Erwerbsunsicherheit. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 4. S. 113 – 119. Berlin.
- Institut für Regionalforschung (Hg.) (2007): Prekäre Hochschulkarrieren? Zwei Beiträge zur Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen Nachwuchses. Göttingen.
- Klecha, Stefan (2007): Wissenschaftler und unsichere Beschäftigung – unter dem Blickwinkel der Selbstreflexion einer Berufsgruppe. In: Institut für Regionalforschung (Hg.): Prekäre Hochschulkarrieren? Zwei Beiträge zur Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen Nachwuchses. S. 27 – 67. Göttingen.
- Kock, Klaus (1990): Die austauschbare Belegschaft. Flexibilisierung durch Fremdfirmen und Leiharbeit. Köln.
- Kock, Klaus (1994): Zur Soziologie des betriebsinternen Arbeitsmarkts. München.

- Köhler, Christoph/Struck, Olaf/Bultemeier, Anja (2004): Geschlossene, offene und marktförmige Beschäftigungssysteme – Überlegungen zu einer empiriegeleiteten Typologie. In: Köhler, Christoph/Struck, Olaf/Bultemeier, Anja/Groother, Michael/Schröder, Tim/Schwiderrek, Frank (Hg.): Beschäftigungsstabilität und betriebliche Beschäftigungssysteme in West- und Ostdeutschland. SFB 580 Mitteilungen. S. 49 – 75. Jena.
- Köhler, Christoph/Götzelt, Ina/Schröder, Tim (2006): Firm-employment systems and labour market segmentation – An old approach to a new debate? In: Köhler, Christoph/Junge, Kyra/Schröder, Tim/Struck, Olaf (Hg.): Trends in Employment Stability and Labour Market Segmentation. SFB 580 Mitteilungen. S. 22 – 32. Jena.
- Köhler, Christoph/Junge, Kyra/Schröder, Tim/Struck, Olaf (2006): Introduction – Debates on the erosion of Internal Labour Markets in Europe. In: Dies. (Hg.): Trends in Employment Stability and Labour Market Segmentation. SFB 580 Mitteilungen. S. 8 – 12. Jena.
- Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic (2004): Prekäre Leiharbeit. Zur Integrationsproblematik einer atypischen Beschäftigtenform. In: Vogel, Berthold (Hg.): Leiharbeit. Neue sozial-wissenschaftliche Befunde zu einer prekären Beschäftigungsform. S. 119 – 154. Hamburg.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2002): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien.
- Mandel, Ernest (1994): Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewußtseins. Reprint.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2003): Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen »Normalarbeitsverhältnis« zu prekärer Beschäftigung seit 1973. Berlin.
- Mouffe, Chantal (2005): Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik. Wien.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt/Main.
- Nachtwey, Oliver (2007): Gerechtigkeitsprobleme der Marktsozialdemokratie. Zur Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der SPD. In: <http://www.linksnet.de/artikel.php?id=3245>. Zugriff: 20.01.2008.
- Nachtwey, Oliver/ Spier, Tim (2007): Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei. In: Spier, Tim/ Butzlaff, Felix/ Micus, Matthias/ Walter, Franz (Hg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft? S. 13 – 70. Wiesbaden.
- Pialoux, Michel/Beaud, Stephane (1997): Stamarbeitnehmer und befristet Beschäftigte. In: Bourdieu, Pierre et al.: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. S. 307 – 321. Konstanz.
- Röttger, Bernd (2007a): Erneuerung aus dem Zentrum der Krise. Die Wiederkehr lokaler Arbeiterbewegung und die Perspektiven gewerkschaftlicher Betriebs- und Tarifpolitik. In: Klautke, Roland/ Oehrlein, Brigitte (Hg.): Prekarität – Neoliberalismus – Deregulierung. S. 79 – 121. Hamburg.
- Röttger, Bernd (2007b): Passive Revolution und Gewerkschaften. Aufstieg und Niedergang korporatistischer Politik. In: Merckens, Andreas/ Rego Diaz, Victor (Hg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. S. 54 – 71. Hamburg.
- Thompson, Edward P. (1980): Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Berlin.
- Vester, Michael (1972): Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß: die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792 – 1848. Frankfurt/Main.
- von Oertzen, Peter (2004): Klasse und Milieu als Bedingungen gesellschaftlich-politischen Handelns. In: von Oertzen, Peter: Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft. S. 191 – 235. Hannover.

*Thomas Goes* arbeitet als Sozialwissenschaftler an der Universität Göttingen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft, Industrie-, Arbeits- und Gewerkschaftssoziologie und Staat. Er ist Mitglied des BdWi, bei Ver.di, der Linkspartei und arbeitet im SDS Göttingen.

## **Prekarisierung und Marginalisierung der Kritik. Eine politische Polemik**

So sehr das Phänomen »Prekarisierung« inzwischen in aller Munde ist, so wenig wurden bislang dessen Auswirkungen auf akademische Arbeitsverhältnisse untersucht. Seit Einsetzen der neoliberalen Hochschulreformen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre geraten jedoch auch diese spezifischen Arbeitsverhältnisse unter verstärkten Druck und somit in den Blick politischer Organisationsbemühungen. Wir möchten in diesem Beitrag auf eine besondere Facette dieser Debatte eingehen, die in der bisherigen Diskussion häufig außer Acht gelassen wird: die besondere Situation der AkademikerInnen, die sich in ihrem wissenschaftlichem Selbstverständnis positiv auf herrschaftskritische Ansätze beziehen. Diese prozentual kleine Gruppe – so die von uns in diesem Beitrag vertretene These – ist von den derzeitigen Restrukturierungsprozessen inner- und außerhalb der Universitäten in besonderer Weise betroffen. Unbezahlte oder stark befristete Arbeitsverträge gehen mit der gleichzeitigen konservativen Marginalisierung linker Theorie- und Wissenschaftstraditionen einher, die in der neoliberalen Dienstleistungsuniversität nicht mehr erwünscht sind.

Diese These möchten wir im Folgenden nicht allein aus analytischem, sondern v. a. aus einem politischen Interesse heraus erörtern: wie lassen sich neue Potentiale für die Organisierung der Betroffenen entwickeln und welche Rolle können die Diagnosen einer Prekarisierung und Marginalisierung linker WissenschaftlerInnen dabei spielen? Diese Anstrengungen sollten sich nicht allein darin erschöpfen, kleine Verbesserungen an der prekären Situation im Bildungs- und Forschungssektor anzustreben, sondern vielmehr dazu anregen, die neoliberale Transformation von Wissenschaft und Bildung als politisches Projekt insgesamt wieder in Frage zu stellen. Denn aus der Analyse der besonderen Situation kritischer WissenschaftlerInnen wird deutlich: der neoliberale Hochschulumbau hat nicht nur formale, sondern auch *inhaltliche* Folgen. Angesichts einer solchen Bedrohung kritisch-demokratischer Wissensproduktion reicht aber eine gewerkschaftliche Perspektive zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse allein nicht aus, sondern es bedarf einer Kombination verschiedener Strategien – mit dem politischen Ziel, das Projekt einer neoliberal-konservativen Dienstleistungsuniversität in Gänze zur Disposition zu stellen.

Dieser Impetus resultiert primär aus unseren eigenen politischen Erfahrungen: im Herbst 2004 haben wir den Berliner Verein *reflect! e. V. – Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsforschung*<sup>1</sup> mitgegründet. Der Organisierung

1 Weitere Informationen unter: [www.reflect-online.org](http://www.reflect-online.org)

prekariertem kritischer WissenschaftlerInnen verpflichtet, kommt der Großteil der Mitglieder bislang aus den Geistes- und Sozialwissenschaften und befindet sich ebenso größtenteils in der Übergangsphase zwischen Studienabschluss und Berufsanfang/Promotion. Wenn wir hier also von Prekarisierungs- und Marginalisierungstendenzen im akademischen Sektor sprechen, beziehen wir uns vorrangig auf die von uns in diesem Feld gemachten Erfahrungen. Ergänzend können wir leider nicht auf umfassende empirische Erhebungen zum Themenfeld zurückgreifen, sondern lassen unsere Argumentation in vielen Fällen von diversen persönlichen Beobachtungen bzw. uns geschilderten, subjektiven Eindrücken anderer linker AkademikerInnen leiten. Im Sinne unserer politischen, auf Organisierung zielenden Fragestellung muss dies allerdings kein Nachteil sein<sup>2</sup>.

## **Neoliberale Bildungsreformen in Deutschland und die Transformation der Hochschulen**

Da der Prozess der neoliberalen Hochschulreformen den Kontext der von uns entwickelten Thesen bietet, lohnt ein kurzer Überblick über den Inhalt dieser Reformen. Wir beschränken uns dabei auf wenige, für unsere Argumentation relevante Aspekte. Ein Wort zu unserem theoretischen Hintergrund: wir begreifen den Reformprozess vor dem Hintergrund eines materialistischen Politikverständnisses im Kontext eines gesamtgesellschaftlichen Ringens um Hegemonie (vgl. Heise/von Fromberg 2007; Bretthauer 2006). Die Hochschulreformen sind dabei aus unserer Perspektive nur ein Teil der derzeit geführten politischen Auseinandersetzungen um den neoliberalen Umbau unserer Gesellschaft. Der politische Kampf um die Hochschule – und damit um die darin eingefassten Arbeitsverhältnisse wie auch deren inhaltliche Ausgestaltung – wird innerhalb und gegen momentan dominante »Kräfteverhältnisse« (Gramsci) geführt, die einer demokratischen Universität entgegenstehen. Der Begriff der Kräfteverhältnisse verweist zugleich auf die Organisationsfrage – und darauf, dass der Kampf um Hegemonie noch nicht entschieden ist.

Im Folgenden beleuchten wir den gegenwärtigen neoliberalen Transformationsprozess der Hochschule in drei seiner Ausprägungen: 1. *Bologna-Prozess*, 2. Hochschulautonomie, 3. Bildung als Dienstleistungssektor. Bei dem sog. Bologna-Prozess handelt es sich um ein auf EU-Ebene angesiedeltes Reformprogramm, in dem sich die unterschiedlichen Mitgliedsstaaten auf eine europaweite Angleichung von Studiengängen verständigt haben (vgl. Keller 2003). In dieser Hinsicht drückt sich der Bologna-Prozess vorrangig in der Einführung modularisierter Studiengänge (BA/MA) aus, deren innerer Wert sich über quantitativ vergleichbare Punktesysteme vergleichen lässt. Damit einher geht eine hierarchische

2 Obendrein wollen wir durch unseren Text eine Untersuchungslücke anzeigen, die es in der Zukunft durch quantitative und qualitative Forschungen zu füllen gilt.



Trennung von Forschung und Lehre, die sich auch in der exklusiven Differenzierung von Bachelor- und Masterabschlüssen zeigt. Die in Bologna und auf den Folgekonferenzen der europäischen WissenschaftsministerInnen geplante »europäische Universität« fungiert vorrangig als »exzellenter« Forschungsstandort, der möglichst schnell und flexibel auf aktuelle Entwicklungen reagieren soll. Auf einer zweiten, diesem Anspruch nachgelagerten Ebene wird die Universität als Ausbildungsbetrieb neu konzipiert. Ein Indiz hierfür ist besonders die Einführung neuer, von der Forschung getrennter Arbeitsformen wie *Lecturer*-Stellen, »Lehrprofessuren« oder sog. Lehrkräfte für besondere Aufgaben, welche diese Dichotomisierung zwischen Forschung und Lehre vorantreiben.

Die Ausweitung der formellen *Hochschulautonomie* ist ein zweiter wichtiger Bestandteil dieses Prozesses. Diese bezieht sich – oberflächlich betrachtet – auf die finanzielle und administrative Selbstverwaltung. Hinter dieser eher technischen Maßnahme verbirgt sich jedoch eine umfassende *Entdemokratisierung universitärer Entscheidungsprozesse* durch eine Stärkung der Universitätspräsidien und die Einführung von externen Hochschulräten.<sup>3</sup> Denn wo es um finanzielle Selbstverwaltung geht, liegen im neoliberalen Zeitgeist praktische Analogien zur »freien Wirtschaft« und deren Führungsstrukturen (CEO, Management, Board) nahe. Dabei verschärfen sich durch die Stärkung des Präsidialsystems und die Aufwertung von Hochschulräten auch die Probleme der bereits bestehenden ständischen Berufungspraxis, die nun durch eine für die Gesamtuniversität stärker prestige- und verwertungsorientierte Personalentwicklung ersetzt werden dürfte.

Diese autonom agierenden Präsidial-Universitäten sind drittens immer weniger staatliche Bildungsinstitutionen, sondern verstehen sich zunehmend als ökonomische Dienstleister (Bultmann 1996) – mit entsprechend flexibilisierten Arbeitsverhältnissen. Dabei ist zu beachten, dass die bereits bestehenden Befristungsregelungen von Seiten des Staates nicht nur fixiert, sondern immer mehr ausgeweitet werden. Dies geschah zuletzt mit der Verabschiedung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (Deutscher Bundestag 2007), welches die Entfristung der Befristung bedeutet: gab es früher eine Gesamtjahresobergrenze für die befristete Anstellung einzelner wissenschaftlicher Arbeitskräfte, ist dies nun unbeschränkt möglich. Wie ein »normales« Unternehmen auch, sollen die »Bologna-Universitäten« vor allem eines tun können: sich am »Markt« orientieren und gegen Geld Dienstleistungen vermitteln. Schnelle Ausbildung, exzellente Forschung, moderne Buchführung, klare Hierarchien, flexible Arbeitsweisen und flexibilisierte Arbeitsverhältnisse – die »schöne neue Universität« soll in der Lage sein, möglichst unkompliziert und schnell auf die Anforderungen des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesses sowie von staatlichen Institutionen geäußerten Bedürfnissen reagieren zu können. Reguläre Beschäftigung unterhalb der professoralen Masterminds scheint dort nur zu stören.

3 Vgl. als Beispiel für die bereits auf Länderebenen eingerichteten Hochschulräte das Hochschulfreiheitsgesetz in Nordrhein-Westfalen (Hochschulfreiheitsgesetz 2006).

## Die neoliberal-konservative Dienstleistungshochschule

Das gleiche gilt für die kritische Reflexion der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse: an der auf die Produktion verwertbaren Wissens getrimmten Universität haben solche Intentionen – zumindest in Deutschland – nur noch wenig Platz. Was jedoch im Gewande einer nüchternen »Verschlangung« der Lehrinhalte entlang ökonomischer Kriterien daher kommt, ist im Kern das Ergebnis langfristiger wissenschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Denn den Streit um die inhaltliche Ausrichtung der deutschen Hochschulen gibt es schon länger als die neoliberalen Reformprogramme. Er hat spätestens seit der 1968er Bewegung an Schärfe zugenommen: in vielen Disziplinen verschafften sich herrschaftskritische Wissenschaftsverständnisse im Zusammenhang mit dem Ausbau und der Neugründung von Hochschulen Freiräume, welche nicht nur kein verwertbares Wissen produzierten, sondern im Gegenteil auch noch kapitalistische Verwertungsverhältnisse und staatliche Herrschaft in Frage stellten. Der Streit zwischen konservativen und sozialreformerischen Richtungen endete in den 1980er Jahren in einem gemäßigt pluralistischen wissenschaftspolitischen Konsens, durch den auch linke WissenschaftlerInnen einen minoritären Platz an einzelnen Hochschulen bekommen konnten. Nach dem Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus 1989/90 und dem Siegeszug des neoliberalen Projekts seit Mitte der 1990er Jahre jedoch erodierte dieser Konsens zusehends, so dass man heute von einer Hegemonie neoliberal-konservativer Positionen sprechen kann. Mit der unwidersprochenen Sparpolitik, der gleichzeitigen Einführung modularisierter Studiengänge und der Stärkung der Präsidialverwaltung haben sich diese Positionen in eine neue stabile institutionelle Form gegossen.

In internationaler Perspektive wird jedoch deutlich, dass sich parallel zur neoliberalen institutionellen Restrukturierung der Hochschule auch eine *konservative Kanonisierung von Wissenschaftsinhalten* vollzieht. Im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern sind es in Deutschland v. a. konservative Kräfte gewesen, welche neben der Akzeptanz neoliberaler Sparpolitik zugleich den Rückbau kritischer, vor allem aus der 1968er Bewegung resultierender Wissenschaftstraditionen über inhaltliche Kanonisierungsprozesse und Stigmatisierung befördert haben. Denn wo in vielen anglo-amerikanischen Universitäten zwar auch neoliberale Strukturen hegemonial sind, besteht doch gleichzeitig oft ein größerer inhaltlicher Pluralismus. Dies hängt mit den in den hiesigen Transformationsprozess involvierten Akteuren zusammen. Denn der Umbau des Hochschulsektors wird von unterschiedlichen, sowohl neoliberalen wie auch konservativen Kräften getragen: Bundes/Landesregierungen, halbstaatlichen Institutionen wie dem Wissenschaftsrat, privaten Think-Tanks wie dem *Centrum für Hochschulentwicklung der Bertelsmann-Stiftung (CHE)* bis hin zu lokalen politischen Initiativen wie der *Notgemeinschaft für eine freie Universität (NoFU)* in Berlin<sup>4</sup>. Aus diesem Grund möchten wir für die deutsche Entwicklung den histo-

risch-spezifischen Begriff der neoliberal-konservativen Verbetriebswirtschaftlichung der Universitäten anbieten.

## **Prekarisierung und Marginalisierung kritischer Wissenschaft in Forschung und Lehre**

Auf dieser Diagnose aufbauend, möchten wir nun konkreter diskutieren, inwiefern dieser Wandel des Hochschulsystems zu einer Prekarisierung und inhaltlichen Marginalisierung kritischer AkademikerInnen beiträgt. Wir gehen dabei vor allem von »ersten Indikatoren« aus, denn wie wir bereits erwähnt haben, gibt es in beiden Fällen aufgrund mangelnder empirischer Forschungen zuerst einmal nur einen »gefühlten Befund«. Dieser hat sich bei uns v.a. aus Beobachtungen und persönlichen Gesprächen ergeben – sieht man einmal von den wenigen öffentlich skandalisierten Einzelfällen offensichtlicher politischer Interventionen in die Berufungspraxis bestimmter Universitäten ab.<sup>5</sup> Die von uns hier zusammengestellten Indikatoren beanspruchen in ihrer Verdichtung jedoch empirische Relevanz – fügen sich u. E. die vermeintlichen Einzelfälle doch mehr und mehr zu einem plausiblen Verdachtsmoment mit eigenem Wahrheitsanspruch.

### **Marginalisierungstendenzen in der Lehre**

Die Lehre stellte für linke WissenschaftlerInnen traditionell ein wichtiges »Einfallstor« für eine akademische Laufbahn dar. Trotz der breiten Akzeptanz eines wissenschaftlichen Mainstreams (herrschende Lehrmeinungen, Lehrbuchwissen etc.) gab es bislang die Möglichkeit, hierüber linke Inhalte an den Hochschulen zu verankern. Diese Möglichkeit war für linke WissenschaftlerInnen u. a. deshalb reizvoll, weil es einem kritischen Wissenschaftsanspruch entsprechend nicht nur um »Analysen im Elfenbeinturm«, sondern um ein politisch-pädagogisches Anliegen im Sinne von Aufklärung und politischer Emanzipation ging. Wo Wissenschaft nicht nur interpretieren, sondern auch verändern soll, bekommt das eigene wissenschaftliche Handeln eine dezidiert politische Schlagseite. Dieses Eigeninteresse linker WissenschaftlerInnen stärkte ihre institutionelle Position in den je-

4 Diese Akteure verfolgen alles andere als klassisch »neoliberale« Politikziele. So besteht die die NoFU, ein ursprünglich gegen die Studentenbewegung der späten 60er und frühen 70er Jahre gerichteten Bündnis an der FU Berlin aus (rechts-)konservativen Professoren, Mitarbeitern usw. (vgl. Wippermann 1998). Dieses Netzwerk hat über Jahre hinweg durch Berufungspolitik usw. die politische Landschaft der FU mitgeprägt – und spielt über seine ehemaligen Mitglieder weiterhin eine gewichtige Rolle (vgl. Zeuner 2007).

5 Diese kennen wir primär nur aus unserem Forschungsfeld der Politikwissenschaft, in dem es in den letzten Jahren zu offenen Konflikten um die von Präsidien und Dekanaten verhinderten Berufungen von Alex Demirovic (Frankfurt a.M.), Dieter Plehwe (Marburg) sowie Albert Scharenberg (Freie Universität Berlin) gekommen ist.

weiligen Bildungsinstitutionen merkbar, da das besondere Ausbildungsbemühen von Lernenden honoriert wurde. Häufig wurde dies durch eine Art informellen »Burgfrieden« mit konservativen Lehrenden noch gefördert, da diese sich der Ordinarientradition entsprechend vorrangig in der Forschung profilierten und es gerne sahen, wenn andere die Arbeitsbelastung der Lehre übernahmen.

Mit der neoliberal-konservativen Transformation der Hochschulen wird diese institutionelle Nische kleiner: der stark zunehmende Fokus von Lehrenden und Lernenden auf ökonomisch wie politisch »verwertbare« Forschungs- und Lehrinhalte bringt emanzipatorische Inhalte und damit linke WissenschaftlerInnen unter Druck. Diese inhaltliche Kanonisierung konservativer Lehrinhalte führt dazu, dass die pädagogischen Stärken linker WissenschaftlerInnen aufgrund der von ihnen angebotenen, jedoch zunehmend als »abwegig« erscheinenden Inhalte als vernachlässigenswert erscheinen.

### **Marginalisierungstendenzen in der Forschung**

Ebenso stellt die zunehmende Relevanz der Drittelmittelforschung für kritische WissenschaftlerInnen ein Problem dar. Dies erklärt sich über die besondere Qualität herrschaftskritischen Wissens: seine Nicht-Verwertbarkeit. Dieser Widerspruch auf der analytischen Ebene spiegelt sich unseren Erfahrungen zufolge auch auf der alltäglichen Ebene der Drittmittelinwerbung. Diese verläuft vorrangig über entweder privatwirtschaftlich finanzierte Stiftungen oder Institutionen wie die *Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)*. Während eine Förderung explizit herrschaftskritischer Forschungsprojekte aus privatwirtschaftlichen Mitteln nicht zu erwarten ist (Projektanträge renommierter ProfessorInnen einmal ausgenommen), bleibt die Frage, wie sich die staatliche Forschungsfinanzierung zur neoliberal-konservativen Transformation des Bildungssektors verhält. In einer Vielzahl von Gesprächen wurde hierzu von linken KollegInnen die Ansicht geäußert, dass die DFG ihre Förderungskriterien im Kontext einer zunehmenden Konkurrenz von Anträgen, deren wachsende Anzahl eine zwingende Folge der finanziellen Kürzung der Grundmittel ist, zunehmend nach ökonomischen Kriterien verengt und eine spürbar geringere Förderung linker Forschungsprojekte – oder auch nur solcher jenseits des akademischen Mainstreams – zu verzeichnen ist.

### **Veränderte Arbeitsweisen**

Die Einführung der neuer Bachelor- und Masterstudienordnung (BA/MA) wirkt spezifisch auf die Arbeitsweisen linker NachwuchswissenschaftlerInnen. Die Einführung der Modulstruktur unter dem BA/MA-Regime führt nicht nur zu einer thematischen Zurichtung der Lehrinhalte; die repressiven Studienstrukturen (Teil-

nehmerlisten, computergesteuerte Anmeldesysteme, Maluspunkte usw.) verschärfen zudem die Hierarchisierung innerhalb der Seminare – was die Einübung anti-autoritärer Lehr- und Lernformen erschwert. Dieses Zusammenspiel aus inhaltlicher und struktureller Disziplinierung lässt die Nische »Lehre« für Linke zusätzlich unattraktiver werden. Zu diesen Tendenzen kommt die prekäre ökonomische Lage verschärfend hinzu: Lehraufträge werden teils gar nicht, teils minimal bezahlt – oder sogar ganz abgeschafft. Ist dies ein Problem vor allem für nicht-institutionalisierte WissenschaftlerInnen, sieht es für den schon jetzt überforderten und ebenfalls unterfinanzierten akademischen Mittelbau nicht besser aus: verantwortlich für einen Großteil der Lehre bei gleichzeitiger Beschäftigung mit der Promotion/Habilitation (und unter ständigem Publikations- oder Vortragsdruck stehend), bleibt kaum Zeit für die praktische Ausformulierung eines linken Lehr- und Lernprogramms.

Das Mehr an Arbeitsbelastung geht zudem zu Lasten hochschulpolitischen Engagements. Universitäre Gremienarbeit oder die darin mögliche Unterstützung von z. B. Studierendenprotesten wird – zusätzlich zur schleichenden Abwertung der Gremien durch die neuen Präsidialdiktaturen – durch zeitliche Überbelastung erschwert, was wiederum für WissenschaftlerInnen mit einem linken Selbstverständnis schwieriger ist, als für sich selber als unpolitisch begreifende AkademikerInnen, die sich allein auf ihre *individuelle* Aufstiegspektive konzentrieren. Die Reproduktion repressiver Studienordnungen und der erhöhte Konkurrenz- und Professionalisierungsdruck artikuliert sich mit dem strukturellen Problem der Vereinzelung linker WissenschaftlerInnen im universitären Feld. Da immer weniger Linke den Weg in die Universitäten finden – und auf dem Weg dorthin miteinander um die wenigen Ressourcen konkurrieren – fühlen sich die wenigen kritischen WissenschaftlerInnen oft isoliert, von den für sie relevanten inhaltlichen Debatten abgeschnitten und in politischer Hinsicht schlecht organisiert.

## **Profilierungsschwierigkeiten und Berufungspraxis**

Dieser Organisierungsmangel drückt sich in einer verminderten politischen Konfliktfähigkeit aus – die sich unter anderem an der Berufungspraxis ablesen lässt. Denn wo Linke innerhalb der Berufungskommissionen zumindest keine temporären Mehrheiten herstellen können, fällt die Berufung kritischer WissenschaftlerInnen schwerer – abgesehen davon, dass man sich fragen muss, ob und warum die nach '68 akademisch institutionalisierte Linke möglicherweise in den letzten zwanzig Jahren in dieser Hinsicht geschlafen hat.

Wie weit entfernt die akademische Linke momentan von der Setzung akademischer Berufsstandards entfernt ist, zeigt beispielhaft eine neuere Studie zur Berufungspraxis in der deutschen Politikwissenschaft (vgl. Plümper/Schimmelpfennig 2007). Diese kommt zu dem Ergebnis, dass während der Promotionsphase

veröffentlichte Publikationen in sog. *peer-reviewed-journals* (Zeitschriften mit anonymen Begutachtungsverfahren) oder denjenigen, die im *Social Science Citation Index (SSCI)* gelistet sind, mitentscheidend für eine spätere Berufung sind. Das Problem für sich selbst als kritisch begreifende WissenschaftlerInnen liegt nun darin, dass die meisten linken Zeitschriften sich Begutachtungsverfahren aus politischen bzw. Ressourcengründen<sup>6</sup> verweigern und der SSCI zwar eine große Bandbreite sozialwissenschaftlicher Zeitschriften – und sogar einige linke Journals, vor allem aus Großbritannien (u. a. *New Left Review*, *Monthly Review* und *Historical Materialism*) – umfasst, deutschsprachige Publikationen wie *Das Argument*, die *Prokla* oder die *Blätter für deutsche und internationale Politik* jedoch dort nicht gelistet sind. Wer darin publiziert, schreibt somit momentan für ein für ihre/seine Karriere irrelevantes Publikum, da sich die Berufsstandards stark an konservativen Publikationsstandards orientieren. Es gibt also einen subtilen Zwang, bei den »traditionellen« Fachzeitschriften zu publizieren – die allerdings, wie bereits erwähnt, zunehmend auf weniger inhaltlichen Pluralismus setzen.

### **Prekarisierung linker WissenschaftlerInnen in wissenschaftlichen Arbeitsverhältnissen**

Neben der inhaltlichen Marginalisierung gesellschaftskritischer Analyses-traditionen hat sich in den letzten Jahren eine Diskussion um die Prekarisierung wissenschaftlicher Arbeitsverhältnisse entwickelt. Wie bereits erwähnt, trifft Prekarisierung nicht nur linke WissenschaftlerInnen; diese aber in spezifischer Weise.

Die Diskussion dieser These stützen wir abermals primär auf unsere persönliche Erfahrung, da es auch über die Prekarisierung wissenschaftlicher Arbeitsverhältnisse bisher kaum verlässliche empirische Studien gibt. Einer Vielzahl von Gesprächen entnehmen wir dabei eine sukzessiv ansteigende »gefühlte Unsicherheit« unter vielen linken WissenschaftlerInnen, wobei sich mit der gesellschaftlich zunehmenden Verwendung des Prekaritäts-Begriffs auch eine gesteigerte Selbstbezeichnung als »prekär« beobachten lässt. Dabei ist aus unserer Sicht zumindest Vorsicht geboten, denn die Entsicherung von wissenschaftlichen und bildungsbezogenen Karriereentwürfen – so der oftmalige Einwand vieler älterer linker KollegInnen und Kollegen – vollzieht sich in einer deutlich längeren Zeitspanne, die oftmals bis in die Mitte der 1980er Jahre zurückreicht.

6 Diese Weigerung beruht unserer Erfahrung nach sowohl auf dem politischen Interesse an einer eigenständigen Zeitschriftenredaktion, den hohen Kapazitäten, die die Organisation einer reviewer-Systems benötigt sowie dem Umstand, dass eine kostenlose Publikation in Zeitschriften weiterhin möglich sein soll. Im Unterschied dazu ist die Veröffentlichung in den meisten peer-review-journals kostenpflichtig.

## Prekär und permanent aktiv: akademische Arbeitskraftunternehmer

Ausgangspunkt unserer Reflexionen sind die Bemühungen vieler linker AkademikerInnen und ForscherInnen, über prekäre Beschäftigungsverhältnisse einen Fuß in die Tür etablierter Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen zu bekommen. Zu diesen Beschäftigungsformen gehören unbezahlte Lehraufträge, unterbezahlte Praktika sowie schlecht vergütete Stellen in privaten Bildungs- und Publikationseinrichtungen. Im Hinblick auf universitäre Forschung ist dabei eine verstärkte Suche nach nicht-universitären Bildungskarrieren zu beobachten: dieses hat in den letzten Jahren bspw. zu einem rasanten Anstieg der Bewerbungen auf freie Promotionsstipendien geführt, wobei zu bemerken ist, dass diese Möglichkeiten abhängig von politischen Konjunkturen wie Wahlerfolgen der entsprechenden Parteien sind. Gleichzeitig verändern sich aber auch die Arbeitsverhältnisse auf den Feldern, die als alternative Beschäftigungsverhältnisse auch für linker ForscherInnen und BildnerInnen interessant sein könnten, z. B. freie Medien oder ReferentInnen-Stellen, deren Bezahlung in vielen Fällen jedoch ebenfalls als gering einzustufen ist.

Alle diese Versuche, sich als linke WissenschaftlerInnen und BildnerInnen beruflich zu etablieren, haben jedoch in den meisten Fällen ein unruhiges Leben in gesellschaftlichen Nischen zur Folge. Selbst wenn Einzelne eine temporäre Finanzierung erhalten, droht subjektiv ständig die nächste unsichere Erwerbsphase, was in den meisten Fällen zu einem Gefühl »permanenter Aktivität« (Redaktion Arranca) führt: aus Angst vor der materiellen Unsicherheit sind die Betroffenen ständig dabei, an ihren Erwerbs- und Bildungsbiographien zu feilen. Dabei wird sich weiterhin an den aktuell dominierenden Erwerbsmodellen im dienstleistenden Bildungssektor orientiert. Im Anschluss an Diskussionen um neue Arbeitssubjektivitäten (Voß/Pongratz 1998) möchten wir vorschlagen, dieses Phänomen mit dem Begriff *akademische Arbeitskraftunternehmer* zu fassen. Ähnlich wie der *studentische Arbeitskraftunternehmer* (Bretthauer 2003) versuchen links-akademische Arbeitskraftunternehmer konservativen Berufsprofilen zu entsprechen. Dazu gehören das Sammeln entsprechender allgemeiner Qualifikationen (Bildungsabschlüsse; Publikationen in peer review journals; Posten in Standesorganisationen; Auslandsaufenthalte) ebenso wie die ständige Demonstration von Flexibilität. Zu dieser gehört Ortsungebundenheit ebenso wie ein dezidiert »unideologisches« Auftreten als BildungsdienstleisterIn, die jedes *politische* Interesse an akademischen Inhalten nach Außen möglichst klein hält, um nicht »ideologisch« aufzufallen.

Neben dieser mimetischen Anstrengung wird zusätzlich versucht, die eigenen politischen Interessen hinsichtlich politischer Bildung und Forschung weiterzuverfolgen. Diese Doppelanstrengung verläuft also meist parallel zu der zeitlich wie inhaltlich ohnehin schon anspruchsvollen akademischen Karriere in der neo-liberalen Dienstleistungshochschule; sie sorgt für zusätzliche Belastungen und

wird obendrein selten anerkannt. Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, fragt doch das neoliberal-konservative Leitmodell nicht danach, ob man sich neben der Kenntnis des jeweils spezifischen Fach-Mainstreams auch noch auf dem Stand linker Debatten hält.

### **Typen links-akademischen Arbeitskraftunternehmertums**

Aus unserer Beobachtung führt dieses Modell des/der links-akademischen ArbeitskraftunternehmerIn zu vielen Konflikten, die individuell und kollektiv oft zwischen ökonomischen Sicherheitsbedürfnissen, politischen Selbstverwirklichungsinteressen und den dominanten Anforderungen des Berufsfeldes verlaufen. Aus diesem Problemfeld wollen wir drei »Typen« genauer beleuchten, die uns aus unserer politischen Alltagserfahrung bekannt sind.

Als *ersten Typus* nehmen wir eine Gruppe linker ForscherInnen und BildnerInnen wahr, die sich im beschriebenen Feld bewegt und auf der arbeitsorganisatorischen Ebene alltägliche Konflikte zwischen multiplen, simultan verfolgten Berufsentwürfen (links/konservativ; WissenschaftlerIn/JournalistIn etc.) meist individuell, d.h. »mit sich selbst« austrägt. Die Betroffenen leben mit einer permanenten Arbeitsüberforderung, was entsprechende »Folgekosten« auf der gesundheitlichen, psychosozialen bzw. auf den Beziehungsebenen hat. Der *zweite Typ* entscheidet sich oft für den Ausstieg aus dem Wissenschafts- und Bildungssektor, da die »permanente Aktivität«, als subaltern, schädigender und daher unerfreulicher Lebensentwurf wahrgenommen wird, der nicht weiterzuverfolgen ist. Hier können dann neue Konfliktlinien zwischen »Brotjobs« und den eigenen akademischen Interessen oder den konservativen Anforderungen anderer Berufsfelder entstehen. Neben diesen beiden Typen beobachten wir *drittens* eine andere Gruppe, die zu Gunsten der eigenen Karriere im neoliberal-konservativen Hochschulsektor erhebliche Abstriche hinsichtlich der öffentlichen Artikulation eigener politischer Interessen macht. Der unerwünschte, aber erwartbare Nebeneffekt davon ist jedoch die weitere Verdrängung gesellschaftskritischer Inhalte aus dem Bildungs- und Forschungssektor. Linke Wissenschaft wird zur Feierabendtätigkeit und linke WissenschaftlerInnen zu nur schwer identifizierbaren »U-Booten« im alltäglichen Bildungsbetrieb.

Aus unserer Sicht stellen alle drei Handlungsoptionen unbefriedigende subjektive Verarbeitungen der aktuellen gesellschaftspolitischen Defensive der politischen Linken dar. Daher wollen wir im Folgenden erörtern, inwiefern sich die geschilderten, primär individualisiert verarbeiteten Problemlagen auf der Ebene kollektiver Organisierung bearbeiten lassen.



## Tragfähigkeit der Begriffe von »Prekarisierung« und »Marginalisierung« für die politische Organisation

Wie können vor diesem skizzierten Hintergrund die Begriffe »Prekarisierung« und »Marginalisierung« für eine weiterführende, *strategisch-politische Ausrichtung* von Organisationsversuchen kritischer Intelligenz fruchtbar gemacht werden? Da wir diese Diskussion ebenso wie die konkreten Organisationsversuche von linken WissenschaftlerInnen noch relativ am Anfang sehen, möchten wir im Folgenden lediglich erste Denkanstöße für weitere Debatten liefern.

Wir sehen in dem Begriff der »Prekarisierung« einen grundsätzlich sinnvollen Ansatzpunkt für die von uns vorgeschlagene Verlagerung der Untersuchungsperspektive auf die Organisationsfrage – und zwar sowohl trotz wie wegen seiner derzeit inflationären Verwendung. *Trotz*, da aufgrund seiner ausufernden Verwendung eine tendenzielle Entleerung seines Inhalts droht; *wegen*, weil der Begriff durch die starke Rezeption in den unterschiedlichsten Kontexten zunehmend in den Alltagsverstand als Beschreibung für ein gesellschaftliches Krisenphänomen eingegangen ist und so für diskursive Anschlussfähigkeit bürgt.

Gleichwohl bedarf es einer Schärfung des Prekarisierungs-Begriffs in Bezug auf linke WissenschaftlerInnen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil eine unreflektierte Begriffsaneignung das Problem birgt, Unterschiede zwischen (linker) Wissensarbeit und anderen prekären Erwerbslagen wie etwa Teilzeit- und Leiharbeit zu verwischen. Selbst hochprekarierte linke WissenschaftlerInnen verfügen – entsprechend der stark ausgeprägten Selektivität des Bildungssektors – immer noch sowohl über ein vergleichsweise hohes ökonomisches als auch kulturelles und soziales Kapital, das sich in Form von hochqualifizierten Bildungszertifikaten ebenso darstellt, wie in den habituell eingeschriebenen individuellen »Qualifikationen« wie Sprachkenntnissen, Umgang mit neuen Medien und komplexen Organisationsprozessen aus leitender Perspektive. Soziologische Studien zeigen, dass diese *soft skills* statistisch gesehen auch linken WissenschaftlerInnen vergleichsweise gute Chancen eröffnen, sich auf dem Arbeitsmarkt in besser gestellten Positionen anzusiedeln (vgl. BdWi 2005). Auch wenn damit die von uns beschriebenen Probleme linker WissenschaftlerInnen nicht verschwinden, steht doch diese Reflexion der eigenen privilegierten Positionen auf dem Arbeits- und Bildungsmarkt am Beginn einer ebenso reflektierten Aneignung des Prekarisierungsbegriffes.

Dieser Schritt ist doppelter Hinsicht von Vorteil: erstens kann damit die Gefahr umgangen werden, lediglich für die eigenen, ehemals materiell gut abgesicherten privilegierten Positionen zu kämpfen, sondern die Kämpfe gegen prekäre Arbeitsverhältnisse im Sinne einer breiter Bündnisstrategie auf gesellschaftlicher Ebene zu führen – linke WissenschaftlerInnen würden so bündnisfähig, da sie nicht nur ihre verlorenen Standesprivilegien einfordern. Zweitens kann die Dekonstruktion der eigenen Vorteile dazu beitragen, den Begriff der Prekarität innerhalb dieser

Bündnisstrategie zu schärfen, und damit Selbstverständigungsprozesse voranzutreiben. Diesbezüglich beobachten wir zunehmend ein Auseinanderdriften von soziologischer Fachdiskussion und massenwirksamer Mediendiskussion über Prekarität. Während in allgemeingesellschaftlichen Debatten Prekarität zunehmend zum allgemeinen Label für die neoliberale Entsicherung von Lebensverhältnissen in allen gesellschaftlichen Positionen wird, und so Niedriglohnarbeitende, Hartz-IV-EmpfängerInnen, RentnerInnen und absteigende Mittelschichten zusammenfasst, wurde der Begriff z. B. von Klaus Dörre (Dörre 2005) von Formen gesellschaftlicher Exklusion und Desintegration klar abgegrenzt, so dass er primär die von Privilegien- und Statusverlusten betroffenen Gruppen im Auge hat.

Ohne diese begrifflichen Unschärfen auf einer analytischen Ebene überzubewerten, halten wir die Frage für relevant, wie der Begriff in konkreten Organisations- und vor allem Bündnisversuchen gefüllt wird, also welche Gruppen entlang welcher Fremd- und Selbstbezeichnungen in Bündnisstrategien einbezogen werden. Wir plädieren für eine möglich Bündnisstrategie, da die Prekariisierung grundsätzlich privilegierter Arbeitsverhältnisse im Forschungs- und Bildungssektor mit Arbeitskämpfen in Niedriglohnsektoren und gegen neoliberale Sozial- und Wirtschaftspolitik im Sinne einer gesellschaftspolitischen Offensive der Linken thematisch gebündelt werden sollte. Hierfür ist eine differenzierte Bündnispolitik notwendig, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede prekariisierter Lebensentwürfe anerkennt, letztere aber insbesondere in der Herstellung privilegierter Positionen zum Ansatzpunkt politischer Kritik nimmt. Kritik der Prekariisierung bedeutet daher Kritik einer Bildungspolitik, welche gleichzeitig individuelle Lebensentwürfe von WissenschaftlerInnen prekariisiert, diese aber weiterhin gegenüber anderen Lebenslagen relativ privilegiert.

Größere Probleme bereitet hingegen aus unserer Sicht die Aneignung des Begriffes der »inhaltlichen Marginalisierung«. Diese Schwierigkeit rührt hauptsächlich daher, dass sich jenseits eines verbreiteten Gefühls mit einer Bestimmung dessen schwer getan wird, was da eigentlich genau marginalisiert wird. Auf Grund der Pluralität linker Wissenschaftsansätze erscheint es schwierig, einen Konsens darüber zu finden, was kritische Wissenschaft eigentlich ist. Ohne eine solche Definition wird es jedoch wiederum schwerer, überhaupt zu einer nachvollziehbaren, von einer breiteren Masse geteilten Problemdiagnose zu kommen. Diese Unsicherheit schränkt Mobilisierungsfähigkeit ein.

Hinsichtlich unserer Fragestellung wäre daher für die Entwicklung eines Minimalkonsenses hilfreich zu klären, worin ein kritischer Wissenschafts- und Bildungskanon bestehen könnte – von dem unserer Erfahrung nach die Mehrzahl der im Feld Tätigen den Eindruck hat, ein solcher würde verdrängt. Ein solcher Selbstverständigungsprozess böte die Chance einer *offensiven Bestimmung* der eigenen, links-akademischen Tätigkeit – schließlich zeichnet sich diese ja gerade durch eine *inhaltlich* begründete Absetzung von Positionen des akademischen und bildungspolitischen Mainstreams aus.

In einem solch offensiven Selbstverständigungsprozess linker WissenschaftlerInnen steckt zwar die Gefahr, von Seiten des Mainstreams ebenso offensiv angegangen zu werden. Nichtsdestoweniger denken wir, dass sich diese Reflexionsanstrengung im Sinne einer mittelfristigen Organisierungsperspektive lohnt. Mit einer solchen *Repolitisierung der eigenen Tätigkeiten* würde sich die akademische Linke erstens gegen die aktuelle Behauptung stellen, alle im Forschungsfeld Tätigen seien »unideologische DienstleisterInnen«. Gleichzeitig würde sie dem dominanten Wissenschaftsdiskurs um leistungsgerechte, mondäne Erfolgskarrieren ein Bild linker Wissenschaftsrealität entgegen halten, dass von institutioneller Nicht-Anerkennung, individueller Zerrissenheit zwischen unterschiedlichen Lebensentwürfen und politischer Unzufriedenheit gekennzeichnet ist. Drittens ermöglichte ein offensiv-konfliktorientiertes Auftreten, dass auch wissenschaftliche Selbstverständlichkeiten, wie die neoliberal-konservative Aneignung linker Termini und Kampfbegriffe neu zur Disposition gestellt werden müsste. Denn: auch wenn heute »Kritik« zum sprachlichen Grundrepertoire eines/einer jeden SozialwissenschaftlerIn gehört, ist aus einer linken Perspektive nicht überall, wo »kritisch« draufsteht, auch Kritik drin. Die Klärung dessen, worin »die Kritik, die wir meinen«, nun eigentlich besteht, eröffnet so den Raum für Mobilisierungen und Organisierungsversuche, und ermöglicht der linken Wissenschaft, sich im Sinne einer bewegungsorientierten Wissensproduktion neu zu definieren.

### **Organisationsversuche linker WissenschaftlerInnen: innerhalb oder außerhalb staatlicher Apparate?**

Im Sinne eines solchen Projekts möchten wir abschließend drei Ansätze der Organisierung linker WissenschaftlerInnen diskutieren. Hierbei ist aus unserer Sicht zu beachten, dass sichere Beschäftigungsverhältnisse für linke WissenschaftlerInnen in Deutschland nie selbstverständlich waren, sondern immer erkämpft wurden (wie z. B. während der sechziger Jahre). Aus heutiger Perspektive stellt sich daher die Frage, mit welchem Ziel heute in bildungspolitische Auseinandersetzungen eingetreten werden soll: soll die gesellschaftliche Linke wieder verstärkt in die Universitäten und sich dort materiell absichern? Oder liegt der Weg in politischer Selbstorganisation außerhalb der neoliberal transformierten Bildungsapparate? Wir möchten im Folgenden drei Strategien diskutieren, die aus unserer Sicht individuell wie kollektiv verfolgt werden können: a) der individuelle Schritt in die Institutionen, b) der kollektive Schritt raus aus den Institutionen, c) die gewerkschaftliche Organisierung als unmittelbarer Schritt zur kollektiven Interessenvertretung.

Aus der Organisationsperspektive bleibt festzuhalten, dass der Weg in staatliche Institutionen primär über individuelle Karrierestrategien veräuft und wenig Raum für kollektive Organisationsprozesse lässt. Dabei stellt sich jedoch zuneh-

mend die Frage, ob für linke WissenschaftlerInnen jenseits einer gewissen materiellen Absicherung (die mit der Reform des Beamtenrechts zunehmend ihren Reiz verliert) inhaltlich und politisch noch Sinn macht, an der Dienstleistungshochschule zu arbeiten. Stichworte wie inhaltliche Marginalisierung, Entdemokratisierung, Trennung von Forschung und Lehre, und strukturelle Disziplinierung werfen doch die Frage auf, ob dies ein geeignetes Arbeitsumfeld für linke AkademikerInnen ist. Hinzu kommt, dass auch und besonders für linke AkademikerInnen auf den »erfolgreich«geführten Konkurrenzkampf um die raren Stellen in den meisten Fällen die alltägliche Isolation – und damit Frustration – in der Institution wartet. Aus diesem Grund sollte diese Strategie – sofern sie von den AkteurInnen als solche reflektiert wird – nicht unabhängig von kollektiven Organisationsversuchen verlaufen. Dies bezieht sich sowohl auf tarifliche Auseinandersetzungen im Rahmen von gewerkschaftlichen Aushandlungsprozessen, als auch auf die Verbindung zu kollektiven Organisationsversuchen außerhalb der Universitäten.

Da bisher über selbstorganisierte Netzwerke linker AkademikerInnen ein relativ geringer Wissensstand existiert, möchten wir anhand unserer eigenen kollektiven Organisationsversuche mit *reflect! e. V.* diskutieren, welche Chancen und Probleme der Schritt aus den Bildungsinstitutionen »heraus« in die Zivilgesellschaft mit sich bringen kann. *reflect!* wurde im Herbst 2004 als selbstorganisierter Bildungs- und Forschungsverein gegründet und in den letzten Jahren als primär in Berlin angesiedeltes Netzwerk etabliert. Als Ergebnis der Organisation lässt sich die Einrichtung eigener inhaltlicher Arbeits- und Selbstverständigungszusammenhänge festhalten, die sowohl die Bearbeitung von Themen aus einer linken Perspektive als auch die kollektive Diskussion vermeintlich individualisierter Probleme wie materieller Unsicherheiten und inhaltlicher Marginalisierung ermöglichen. In dieser Form werden – bisher in immaterieller Form – solidarische Praxen eingeübt, die auf den individuellen Karrierewegen unter verschärften Konkurrenzbedingungen zunehmend verloren gehen.

Gleichzeitig vollzieht sich unsere Selbstorganisation unter problematischen Bedingungen: bereits bei der Vereinsgründung wurde thematisiert, dass die Gründung eines außeruniversitären Vereins nicht dazu führt, dass dieser sich außerhalb der neoliberal-konservativen Transformation des Bildungssystems bewegt. Dieses hat sich in den letzten Jahren bestätigt, da *reflect!* sich bei der Einwerbung öffentliche Projektgelder in Konkurrenz zu anderen (z. T. auch linken) Gruppen und Organisationen befindet, die ebenfalls versuchen müssen, den verbreiteten neoliberal-konservativen Ausschreibungskriterien zu genügen. Da jedoch daneben ein weites Feld an linken und liberalen Bildungsträgern existiert, ist es möglich, ein linkes Seminarangebotsprogramm zu organisieren – obwohl es in vielen Fällen ein absurder Kampf mit Gleichgesinnten um die wenigen Mittel des Bildungsförderbetriebs ist.

Ein weiteres Problem ist, dass die bei der Gründung von *reflect!* angestrebten Interventionen in bildungs- und hochschulpolitische Debatten bisher eher gering geblieben sind, da die Etablierung als eigenständiger Bildungs- und Forschungs-

träger bei gleichzeitiger prekärer Beschäftigung oder Arbeitsüberlastung vieler Mitglieder bereits alle Kapazitäten in Anspruch genommen hat. Dieses Kapazitätenproblem ist denn wahrscheinlich auch das Entscheidende, vollzieht sich doch die Arbeit von *reflect!* bisher abseits von Mitgliedsbeiträgen ohne eigene materielle Grundlage. Die Mitglieder sichern sich ihren materiellen Unterhalt je individuell über Jobs, Arbeitslosengeld, Stipendien oder Unterstützungen von Verwandten. Dieses hat zur Folge, dass sich die kollektive Organisierung bei gleichzeitiger starker Bindekraft des staatlichen Bildungssektor vollzieht – d. h. wenn einzelne Leute von dort Angebote bekommen, sind diese u. U. so attraktiv, dass kollektive Selbstorganisationsprozesse zurückgestellt werden<sup>7</sup>. Zusammengefasst steht somit dem Zugewinn an inhaltlicher Selbstbestimmung und bisher beschränkt gebliebener, politischer Interventionsfähigkeit das Problem einer materiellen Absicherung des kollektiven Organisierungsversuches gegenüber, der diesen perspektivisch deutlich erschwert.

## **Gewerkschaften als Organisatoren von Arbeitskämpfen im Wissenschaftsbereich**

Im Spannungsfeld dieser unterschiedlichen Umgangsweisen mit Prekarisierung und inhaltlichen Marginalisierung erscheinen uns die Gewerkschaften als ein wichtiger Ansprechpartner für die Organisation von Arbeitskämpfen auch im Wissenschaftsbereich und in den Bildungsinstitutionen. Dabei ist aktuell klar, dass im Hinblick auf feste Arbeitsverhältnisse in den Bildungsinstitutionen die Gewerkschaften diejenigen sind, die viele Proteste und Netzwerke organisieren. Dennoch sind unsere Erfahrungen mit bisherigen gewerkschaftlichen Strategien ambivalent, weshalb wir auf der Grundlage einer Bündnisbereitschaft mit Gewerkschaften auf drei Probleme zu sprechen kommen wollen.

Das *erste* Problem ist die immer noch vorhandene Fokussierung gewerkschaftlicher Organisierungsbemühungen auf formalisierte Normalarbeitsverhältnisse, die sich im Wissenschafts- und Bildungsbereich vor allem durch eine schwerpunktmäßige Interessensvertretung der in den Bildungsinstitutionen fest angestellten AkademikerInnen auszeichnet. In dieser Strategie bleibt die Perspektive sowohl prekär Beschäftigter (z. B. Lehrbeauftragter, Kurzangestellter, aber auch PrivatdozentInnen) wie auch derjenigen, die trotz akademischer Interessen unter den aktuellen Bedingungen gar keinen Weg mehr in die entsprechenden Institutionen finden, unterrepräsentiert. Es stellt sich daher die Frage, entlang welcher Linien diese Gruppen organisiert werden könnten.

7 Diese Individualisierungstendenzen werden durch die institutionalisierten Berufsbilder im Wissenschafts- und Bildungsbereich tendenziell verstärkt: hierzu zählen die individualisierte Form von Bewerbungsverfahren auf Stipendien und berufliche Karrieren ebenso wie die hoch spezialisierte Arbeitsteilung im wissenschaftlichen Feld.

*Zweitens* lassen sich inzwischen innerhalb der Gewerkschaften erfreuliche Versuche beobachten, auch für diese Gruppen als Interessensvertretung attraktiv zu werden – auch unter Verwendung des Prekarisierungsbegriffes.<sup>8</sup> Dabei unterbleibt aus unserer Sicht jedoch in vielen Fällen eine Problematisierung der privilegierten Position von AkademikerInnen. Stattdessen beschränken sich die Gewerkschaften oftmals auf eine Serviceorientierung für diejenigen, die verängstigt über die unsichere Amortisierung ihrer hochqualifizierten Bildungsabschlüsse eine Organisation in Betracht ziehen.

*Drittens* stellt die Fixierung gewerkschaftlicher Strategien auf Arbeitsbedingungen ein weiteres Problem dar. Wie auf den letzten Seiten geschildert, besteht das Problem linker AkademikerInnen aktuell darin, gleichzeitig schlechtere Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte vorzufinden. Sollten daher die Gewerkschaften an einer Interessensvertretung linker AkademikerInnen interessiert sein, dürfte sie nicht bei der Kritik prekärer Beschäftigung halt machen, sondern müsste sich insbesondere zur konservativen Transformation der Bildungsinhalte verhalten. Ein dem zu Grunde liegender Diskussionsprozess würde die Gewerkschaften als politischen Akteur auch für andere Teile der politischen Linken anschlussfähig machen.

## **Fazit**

Abschließend möchten wir festhalten, dass sich aus unseren Erfahrungen mit *reflect!* der Aufbau linker Wissenschaftsstrukturen außerhalb der Universität sehr lohnt. Eine solche Vernetzung ermöglicht ansonsten vereinzelt linken WissenschaftlerInnen einen institutionalisierten Erfahrungsaustausch und ein Erlernen kooperativer Praktiken – gegen Individualisierung, Konkurrenz und Marginalisierung linker Wissenschaftstraditionen.

Darüber hinaus bedarf es einer möglichst breit angelegten Bündnisstrategie, die linke AkademikerInnen in- und außerhalb der Bildungsinstitutionen ebenso umfasst wie selbstorganisierte Initiativen und Gewerkschaften. Wie wir zu zeigen versucht haben, können dabei die Begriffe Prekarisierung und inhaltliche Marginalisierung durchaus als differenzierte Ansatzpunkte für die politische Mobilisierung gelten. Mittelfristiges Ziel einer solchen Organisationsanstrengung ist zum einen die Bereitstellung unabhängiger finanzieller Mittel für linke Wissenschaft – sei es durch Stiftungen, Fördernetzwerke oder Mäzenatentum – wie zum anderen die erneute Verankerung linker Inhalte in den entsprechenden Institutionen.

Grundsätzlich sollte aus unserer Sicht jedoch ein weit über den Wissenschaftssektor hinausgehender Organisationsversuch angestrebt werden, der die unterschiedlichen, von Prekarisierung betroffenen Gruppen zusammenbringt. Wie wir

8 Vgl. u. a. das AbsolventInnen-Netzwerk in der Gewerkschaft ver.di.

zu zeigen versucht haben, bedingt dieses aus unserer Sicht zuerst eine Dekonstruktion akademischer Privilegien, auf deren Grundlage dann die »Prekarisierungsdiagnose« gestellt werden kann. Zielstellung einer solchen Bündnisstrategie ist mittelfristig die Verschiebung der neoliberalen Hegemonie auf den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Feldern. Diese wird allein durch Proteste im Wissenschaftssektor nicht zu erreichen sein, geht man z. B. von der gesellschaftlichen Wirkmächtigkeit neoliberaler Austeritätsvorstellungen aus, die Hartz-IV ebenso wie die Mittelkürzungen im Wissenschafts- und Bildungssektor anleiten. Daher sollte sich eine Organisierung linker WissenschaftlerInnen als Teil eines breiteren linken Bündnisses verstehen, welches sich dem neoliberalen Zeitgeist widersetzt und eigene linke Perspektiven entwirft und durchsetzt.

## Literatur

- Brethauer, Lars (2003): Das Konzept des studentischen Arbeitskraftunternehmers als Grundlage studentischer Interessensvertretung?, in: AstA der Freien Universität Berlin (Hrsg.): Universität im Umbruch. Der globale Bildungsmarkt und die Transformation der Hochschulen, Berlin, S. 131 – 168.
- Brethauer, Lars (2006): Materialität und Verdichtung bei Poulantzas. In: ders./ Gallas, Alexander/ Kannankulam, John/ Stütze, Ingo (Hrsg.): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg: VSA-Verlag, S. 82 – 100.
- Bultmann, Torsten (1996): Die standortgerechte Dienstleistungshochschule. In: Prokla 104, Jg. 26, S. 329 – 353.
- Bultmann, Torsten/ Weitkamp, Rolf (1999): Hochschule in der Ökonomie – Zwischen Humboldt und Standort Deutschland. (2. erw. Aufl.). Marburg.
- Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi) (2005): Chancengleichheit qua Geburt? Bildungsbeteiligung in Zeiten der Privatisierung sozialer Risiken. BdWi-Studienheft Nr. 5, Marburg.
- Deutscher Bundestag (2007): Gesetz zur Änderung arbeitsrechtlicher Vorschriften in der Wissenschaft, BGBI I, S. 506 – 508.
- Dörre, Klaus (2005) »Prekarität – Eine arbeitspolitische Herausforderung«. WSI Mitteilungen 5/2005, S. 250 – 258.
- Heise, Mikiya/von Fromberg, Daniel (2007): »Die Machtfrage stellen«. Zur politischen Theorie Antonio Gramscis. in: Merkens, Andreas u.a. (Hg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis, Hamburg: Argument, S. 110 – 125.
- Hochschulfreiheitsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (2006), [http://www.innovation.nrw.de/Hochschulen\\_in\\_NRW/Recht/HFG.pdf](http://www.innovation.nrw.de/Hochschulen_in_NRW/Recht/HFG.pdf)
- Keller, Andreas (2003): Chancen und Risiken des Bologna-Prozesses, in: Forum Wissenschaft 3/2003, S. 43 – 45.
- Plümpert, Thomas/Schimmelpfennig, Frank (2007): Wer wird Prof – und wann? Berufungsdeterminanten in der deutschen Politikwissenschaft. In: Politische Vierteljahresschrift 1/2007, S. 97 –117.
- Wippermann, Wolf (1998): Der Forschungsverbund SED-Staat und die Renaissance der Totalitarismustheorie, <http://www.polwiss.fu-berlin.de/fsi/bernie/rrwippermann.htm>
- Voß, Günther; Pongratz, Hans G. 1998: Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 1/98, Opladen. S. 131 – 158.
- Zeuner, Bodo (2007) Die Freie Universität Berlin vor dem Börsengang?
- Bemerkungen zur Ökonomisierung der Wissenschaft, [http://www.polwiss.fu-berlin.de/fileadmin/gewerkschaftspolitik/Zeuner-Die\\_FU\\_Berlin\\_vor\\_dem\\_Boersengang.pdf](http://www.polwiss.fu-berlin.de/fileadmin/gewerkschaftspolitik/Zeuner-Die_FU_Berlin_vor_dem_Boersengang.pdf)

*Lars Bretthauer*, geb. 1977, Dipl. Pol. (FU Berlin), MA Soziologie (Lancaster University, UK), promoviert z. Zt. zur Vorratsdatenspeicherung und der staatlichen Kontrolle der Neuen Medien. Veröffentlichungen u.a.: »Geistiges Eigentum im digitalen Zeitalter. Staatliche Regulierung und Alltagskämpfe in der Spielfilmindustrie« (2008, Westfälisches Dampfboot), aktiv bei beim Bildungsnetzwerk reflect! e. V. und der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG).

*Daniel von Fromberg*, geb. 1978, Dipl. Pol. (FU Berlin), promoviert z. Zt. zum »War on Terror« als neuer Weltauffassung am Beispiel der deutschen Sicherheitspolitik. Veröffentlichungen u.a.: »Demokratische Philosophen. Der Sophismus als Traditionslinie kritischer Wissensproduktion« (2007, Westfälisches Dampfboot. Aktiv beim Bildungsnetzwerk reflect! e. V. und ehem. Fellow-in-Residence des Kollegs Friedrich Nietzsche in Weimar.



## »Verschrottung des Mittelbaus« – Vom Umgang mit den Privatdozenten als Symptom neuer Intellektuellenfeindschaft<sup>1</sup>

Ein heute vergessenes Ergebnis der 68er-Bewegungen waren Öffnung und Ausbau der Universitäten für jedermann und jede. Vor allem sozialdemokratische Länder-Regierungen gründeten Reformuniversitäten, die dem dafür Empfänglichen noch heute durch angenehm bescheidene Ausstattungen (etwa hinsichtlich der Räume) der Hochschullehrer und eine emsige, egalitäre Atmosphäre auffallen. 30 bis 40 Jahre später waren es verblüffenderweise wieder vor allem linken Regierungen, die die Jahre der Reformuniversitäten endgültig beendeten und damit auch der Universität der Aufklärung und dem Humboldtschen Bildungsideal ein Ende setzten. Der Umgang mit den PrivatdozentInnen, fertig ausgebildeten Hochschullehrern im Wartestand, ist dafür ein Symptom.

»Den Mittelbau müssen wir verschrotten« – rutschte einem Vertreter des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung heraus, als er 2001 danach gefragt wurde, was nach der Neufassung des Hochschulrahmengesetzes mit dem bisherigen Mittelbau würde.<sup>2</sup> Man hätte dieses – an das sozialdarwinistische »Menschenmaterial« erinnernde – Wort hinterher gerne zurück genommen. Das Wort »verschrotten« – so der der SPD nahe stehende Historiker Hans-Ulrich Wehler daraufhin in der *Zeit* – ginge »über schnoddrige Realitätsferne am grünen Tisch weit hinaus, es erinnert fatal an die menschenfeindliche Sprache des Reichssicherheitshauptamtes. Die ›Arroganz der Macht‹ zur Verschrottung als neumodische Variante sozialdemokratischer Bildungspolitik? Wer bisher geglaubt hatte, dass dieses Gesetz mit heißer Nadel genäht und deshalb seine soziale Konsequenz offenbar nicht genügend beachtet worden sei, wird durch die perfide Offenherzigkeit dieses Eingeständnisses und die Nonchalance, mit der die Welle von unvermeidbaren ›Härtefällen‹ akzeptiert wird, eines Besseren belehrt.«<sup>3</sup>

### Privatdozenten als Abenteurer auf eigene Rechnung

Während man einerseits die Privatdozenten verschrotten will, will man zugleich die Elitebildung befördern. Offenbar weiß man in den Ministerien nicht, dass man

- 1 Ein Teil dieses Aufsatzes ist in einer älteren Fassung erschienen in: *Ästhetik und Kommunikation* Heft 128, 36. Jg. 2005, S. 111 – 119
- 2 Der im gleichen Jahr vorgelegte Entwurf einer HRG-Novelle sah die neue Stellenkategorie der »Juniorprofessur« als künftige Regellaufbahn für das Professorenamt vor. Dabei war die Frage unbeantwortet, was mit den Tausenden von Mittelbauangehörigen geschehen solle, die bereits ohne Berufung habilitiert waren bzw. sich in den traditionellen Qualifizierungswegen befanden.
- 3 Hans-Ulrich Wehler in: *Die Zeit* 31.2.2002

zur Elitebildung vor allem viele engagierte Lehrende braucht, die als begeisterte Forschende in der Lage sind, die besondere Hingabe zu vermitteln, der die jungen Leute sich befleißigen müssen, die künftig etwas besonders leisten wollen. Offenbar glaubt man in den Behörden ähnlich wie in den Topetagen der Wirtschaft, man könne gute Wissenschaftler mit etwas Leistungsdruck nach Belieben herstellen, so wie man etwa Bestseller nachdrucken kann.

In Berlin gibt es an den drei großen Universitäten insgesamt 851 Privatdozenten (einschließlich apl. Profs) davon 187 weibliche. Das war der Stand vom 1. Januar 2005, den ich Anfang Januar 2005 auf Wunsch des *Deutschen Hochschullehrerinnen Bundes (DHB)* per Telefonumfrage bei den Verwaltungen der drei Universitäten ermittelte. Die Zahlen werden sich kaum geändert haben: einige sind seither dazu kommen, andere aus Altersgründen u. ä. und vor allem auch Ärger über den zweifelhaften Umgang mit ihnen ausgeschieden. Von den Berliner PDs (einschließlich den ebenfalls nicht bezahlten apl. Profs) haben einige gut bezahlte außeruniversitäre Forscher-Stellen an Einrichtungen wie etwa dem *WZB (Wissenschaftszentrum Berlin)* oder haben sich als Berufspolitiker von ihren Lehrverpflichtungen quasi dauerhaft beurlauben lassen. Andere schlagen sich in bestimmten Branchen wie etwa der Archäologie mittels Ketten von gut bezahlten befristeten Forschungsaufträgen durch oder überleben in den Sprachen als »Lehrkraft für besondere Aufgaben« mit einer Stundenzahl belastet, die man hierzulande sonst nur Lehrern oder Fachhochschuldozenten zumutet.

Ein gutes Fünftel bis ein Viertel der Privatdozenten ist weiblich. Bevor die neue Frauenbewegung darauf drang, dass auch Frauen vermehrt in Hochschullehrepositionen vorgelassen werden sollten, gab es bis in die Mitte der 80er Jahre kaum habilitierte Frauen. Insgesamt ist in Berlin wahrscheinlich etwa jeder vierte Hochschullehrer ein Privatdozent und unterrichtet umsonst. Das »Verschrotten des Mittelbaus« traf in Verbindung mit dem Zusammenstreichen der Etats und der neoliberalen Umstrukturierung der Universitäten vor allem die weiblichen Habilitierten, von denen wahrscheinlich besonders viele stellenlos bleiben. Tatsächlich gibt es diverse Privatdozenten, die von Hartz IV leben müssen, da auch die Ehepartner nach 1989 die Stelle verloren. Einige haben gut verdienende Ehefrauen oder Ehemänner. Zweifelsohne wird eine erhebliche Gruppe der heute an den Universitäten Lehrenden – wie vor dem Ersten Weltkrieg die weiblichen Lehrer – der Altersarmut anheim fallen. Ich kenne persönlich nur einen Privatdozenten, der genügend geerbt hat, um über einen längeren Zeitraum davon einigermaßen auskömmlich leben zu können.

Genauere Zahlen über die Stellenlosigkeit oder materielle Not von Privatdozenten gibt es nicht, obwohl auf einer Veranstaltung der *Initiative Berliner Privatdozenten* (zusammen mit der *Heinrich-Böll-Stiftung*) am 6. Februar 2006 dies von Christian Gizewski erneut gefordert wurde.<sup>4</sup> Es wäre möglicherweise am ehestens

4 <http://www2.tu-berlin.de/fb1/AGiW/Cricetus/SOzuC3/Archiv2/KurzBerD.htm> (letzter Zugriff 1.3.2008).

über die einzelnen Fachverbände möglich, diese Zahlen zu erheben, wie es der *Verband der Historiker* als erster unternommen hat.

*PrivatdozentInnen in Berlin einschließlich apl. Professuren (Stand Januar 2005)*

Universität	PDs gesamt	davon Frauen
Technische Univ.	272	41
Freie Universität	410	102
Humboldt-Univ. (ohne Charité = Medizin)	169	44
<b>SUMME</b>	<b>851</b>	<b>87</b>

Privatdozenten sind Hochschullehrer in Warteposition. Sie bekommen nach erfolgter Habilitation von dem entsprechenden Fachbereich auf Antrag die *venia legendi* und haben dann die Pflicht zu lehren sowie das Recht, Prüfungen abzunehmen; sie können auch Doktoranden annehmen. Privatdozenten sind – je nach Habilitationsordnung – zu ein bis zwei Stunden Lehre pro Semester verpflichtet, haben jedoch kein Anrecht auf ein Entgelt ihrer Arbeit. In Berlin bekommen sie pro aktiven Semester 153 Euro Aufwandsentschädigung, allerdings nur, wenn sie ihr Seminar allein durchgeführt haben.

Als ich die Tatsache der geringen Aufwandsentschädigung vor vier Jahren in einem Artikel für die Zeitschrift der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften erwähnte, bekam ich den Satz dreimal zurück. Man konnte es dort einfach nicht glauben, es erschien zu ungeheuerlich.<sup>5</sup>

### **Keine Anerkennung des second book in Germany**

Das ist insofern verständlich, als nirgends sonst in Europa dermaßen mit Privatdozenten bzw. Dozenten, die ihr »second book« publiziert haben, umgegangen wird. Ulrich Oberdiek hat in seiner Untersuchung »Ausgebootet – zur beruflichen Altersdiskriminierung an deutschen Hochschulen« (2001) festgestellt, dass an den meisten Universitäten, wie zum Beispiel an der Freiburger, etwa 25 Prozent Pflichtveranstaltungen in der Lehre quasi unentgeltlich durch Privatdozenten und Lehrbeauftragte abgegolten werden. Die »effiziente« Universität lebt auf Kosten Unbesoldeter, die sie einerseits schärfer ins System einzubinden sucht (an der FU

5 Erschienen in den Gegenworten, Heft 14, Herbst 2004: Low Budget Academics – freischaffende Wissenschaftlerinnen – unsichtbar.

wurden in Einzelfällen keine Entlastung von der Titellehre bei auswärtigen Gastdozenten gewährt, obwohl das allgemein üblich ist, PDs von der Titellehre zu beurlauben, wenn sie anderswo unterrichten), andererseits stärker auszugrenzen versucht (keinerlei Vergütungen auch nicht bei Abnahme von Prüfungen, Aberkennung von Prüfungsrechten, keine Räume oder PCs). Die Berliner Privatdozenten verloren Ende der 1990er Jahre ihr Wahlrecht innerhalb der Universitäten und erhielten auf ihre Briefe an den Präsidenten der FU erst eine Antwort, nachdem sie sich an den Senator gewandt hatten.<sup>6</sup> In Rheinland-Pfalz wurden die Privatdozenten ganz abgeschafft.

Mit dem Hochschulrahmengesetz (HRG) und der Dienstrechtreform von 2002 wurde zudem die Altersdiskriminierung verstärkt. Im Gegensatz zu Europa untersagt in den USA ein *Age Discrimination in Employment Act* von 1968 die berufliche Altersdiskriminierung. Dort kommt es durchaus häufiger vor, dass ältere Wissenschaftler in Universitätsdienste übernommen werden. Das deutsche HRG von 2002, nebst seiner anschließenden Novellen, ermöglicht jedoch eine Art »Säuberung« der Hochschulen von insbesondere ihren Privatdozenten, was auf ein Quasi-Berufsverbot für alle Betroffenen über 40 hinausläuft. Und zwar obwohl allgemein bekannt ist, dass Lehrer wie Professorinnen im Alter eher besser werden, da akkumuliertes Wissen samt Lebenserfahrung mit gewachsenem Selbstwertgefühl eine sehr viel bessere Lehre ermöglichen.

Die Nachbarländer Frankreich und Italien haben Modi gefunden, mit Wissenschaftlern in prekären Lagen umzugehen. Die Schweiz bezahlt Privatdozenten und Lehrbeauftragte vergleichsweise gut. Österreich kannte einen sehr viel flexibleren Einsatz von einigermaßen bezahlten Gastprofessuren. Polen zahlt seinen Privatdozenten eine Art Grundsicherung und würdigt die Betreuung von Promovierenden mit einem eigenen Honorar. Großbritannien hat ein besonders offenes Laufbahn-System, in dem die »lecturer« in festen entgoldenen Beschäftigungsverhältnissen dominieren. Diese können aber auch in fortgeschrittenerem Alter noch zu Professoren ernannt werden.

Durch das Ausbooten der Privatdozenten wurden vor allem Wissenschaftlerinnen einer bestimmten Zwischengeneration ausgegrenzt. Von ihnen gehörten viele der ersten Generation der Frauenforschung an. Diese zweite westdeutsche Frauenbewegung (1973ff) war ähnlich wie die Studentenbewegung auf eine paradoxe Art und Weise sowohl universitätskritisch als auch aufklärungsgläubig, sie war – wie die breite und eher pazifistische Unterströmung der Studentenbewegung generell – immer besonders mit Schul- und Hochschulreformen beschäftigt. Die zweite Frauenbewegung bestand – ähnlich wie die erste Frauenbewegung von 1865 bis 1933 – auf notwendigen Sozialprojekten (von Witwenrenten bis zu Frauenhäusern) und der Eroberung der höheren Schulbildung bzw. nun der Univer-

6 Vgl. dazu <http://www.tu-berlin.de/fb1/AGiW/Cricetus/SOzuC3/Archiv2.Offbrief.htm>, letzter Zugriff am 1.2.2008.

sitäten für das weibliche Geschlecht. Daher befasste sich das Gros der neuen Frauenforscherinnen ab Mitte der 1970er Jahre auch mit Universitäts- und Bildungsfragen. Die Frauenforscherinnen durchschauten, dass die Habilitation willkürlich als arbeitsmarktpolitisches Instrument gegenüber Unverwünschten benutzt wurde. Dennoch mussten die Individuen dieser Altersgruppe schließlich doch habilitieren, wenn sie gerne bei ihrer Forschung bleiben wollten, zumal man ihnen klar machte, dass sie – angesichts des notwendigen Nachholbedarfs hinsichtlich der Einstellung von Frauen – einigermaßen sicher auf Anstellungen würden hoffen können. Als sie fertig waren – und das dauerte beim weiblichen Geschlecht mangels höherer Mittelbau-Stellen, engagierter Betreuer und mangels Zugehörigkeit zu einem »old boys network« meistens vergleichsweise lange – wurden die Universitäten, besonders in Berlin – massiven Finanzkürzungen ausgesetzt. So fielen wahrscheinlich die meisten Frauen- und Geschlechterforscherinnen der ersten Generation resp. Kohorte (mit Mittelbauer-Stellen ab der 1980er Jahre) aus dem System heraus: Ein paradoxer »Nebeneffekt« rotgrüner »Universitätsreformen«.

### **Personalpolitik als Symptom der Ökonomisierung**

Die aktuellen Universitätsreformen stehen unter dem Diktat der so genannten Lisbon-Strategie der Europäischen Union. Das Ziel ist Erhöhung der Leistung der Wissenschaften für die Wirtschaft. Ob es mit dem in Bologna beschlossenen Richtungswechsel erreicht werden kann, ist jedoch mehr als fraglich. Es wird immer häufiger auch aus Reihen der Privatwirtschaft angezweifelt. Galten nicht die deutschen Universitäten mit den offenen Diskussionen in ihren Seminaren und der Wahlfreiheit der Studierenden als mit die besten der Welt? Kann also die derzeitige Universitätsreform mit ihrer Absicht der allgemeinen Vereinheitlichung tatsächlich jene vielfältige »Wissengesellschaft« hervorbringen, die Europa den Spitzenplatz im globalen Wettbewerb verschaffen kann? Brauchen wissenschaftliche Leistungen nicht besondere Umstände, nämlich ein Klima von geistiger Inspiration und Offenheit, die nur durch eine freie und vielseitige Entwicklung von Forschung und Lehre garantiert werden können? Und gehört dazu nicht auch die praktische Anerkennung jahrelangen Forschens »freier« WissenschaftlerInnen unabhängig von unmittelbarer »Verwertbarkeit«, Alter, festen Anstellungen und Professuren?

Die politische Klasse kürzt auf Druck eines irrationalen rigorosen Sparkurses die Etats der Universitäten. Privatdozenten, die zusammen mit den Lehrbeauftragten einen erheblichen Teil des Universitätsbetriebs aufrechterhalten, bleiben unbezahlt, die Lehrbeauftragten extrem unterbezahlt. Vakante Professuren werden nicht besetzt oder gestrichen. Ohne Geld sind jedoch allen Exzellenzinitiativen zum Trotz keine besseren Leistungen und keine besseren Lehrverhältnisse zu bekommen.

Welche Stimmen haben die Wissenschaftler Europas überhaupt noch im sogenannten Bologna-Prozess? Ist nicht der Umgang der derzeitigen Politik samt Verwaltungen mit dem sogenannten wissenschaftlichen Nachwuchs einschließlich der Privatdozenten bezeichnend? Werden nicht Professoren wie Studenten seitens von Politik und Bürokratie ähnlich missachtet wie Privatdozenten und Lehrbeauftragte?

Die »Verschrottung« der PDs wurde nun auch zum Thema auf dem letzten Soziologentag (2006) erhoben. Der Vorsitzende der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* Prof. Dr. Rehberg persönlich übernahm es, das berufspolitische Schicksal dieser Gruppe ausführlich anzusprechen. Karl-Siegbert Rehberg von der Universität Dresden befand als bemerkenswert besonders die Tatsache, dass die Gruppe der Privatdozenten in der Hochschulgesetzgebung von 2002 keinerlei Erwähnung mehr findet. Zwar könne man in der Institution des »Privatdozenten« ursprünglich – wie Max Weber – als Hilfsmittel einer »plutokratischen« Rekrutierung von Hochschullehrern sehen (dass man sich nämlich bis zur Berufung standesgemäß selbst zu finanzieren hatte). Heute sei jedoch entscheidend geworden, dass dieser Status die Lehrberechtigung für ein Fach und damit verbundene Rechte vermittele. Die Juniorprofessur, so sinnvoll sie als eine neue Nachwuchsgruppe sei, dürfe jedoch nicht zur Entrechtung einer großen, hochqualifizierten Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern führen. Deshalb müssten die Verantwortlichen in der Kultusministerkonferenz, in der Hochschulrektorenkonferenz, im Wissenschaftsrat – aber auch im Bundesministerin für Bildung und Forschung (BMBF) – auf das Problem aufmerksam gemacht werden. Selbst wer höhere Bildungen nur noch unter Finanzgesichtspunkten beurteile, müsste eigentlich einsehen, dass eine rechtlich gestützte Funktionsbestreitung und Rechte vernichtende Ausgrenzung dieser Gruppe gerade auch unter ökonomistischen Gesichtspunkten als besonders kurzfristig erweisen dürfte: Trotz aller erwartbaren erneuten Überlast werde Lehrkapazität willkürlich zerstört. Es dürfe nicht vergessen werden, dass die zum Erhalt des Titels des Priv.-Doz.- bzw. apl. Prof.-Titels wahrgenommene Lehre zumeist ohne jede Honorierung und sogar ohne Erstattung für eventuelle Reisekosten dem Staat sozusagen »geschenkt« werden muss – hier wären Hörergelder oder gewisse, vielleicht an die Anzahl der Hörer oder des Lehrumfanges zu bindende, Vergütungen durchaus angemessen.

Hauptsächlich ginge es jetzt darum – so Rehberg weiter – die unter Verletzung jeden Vertrauensschutzes stillschweigende Aufhebung erworbener und auf Leistungen beruhender Rechte dieser Hochschullehrergruppe zu verhindern. Unter diesem Gesichtspunkt wie auch mit Blick auf die Wirkungen handele es sich nicht um ein marginales Problem.

Die traditionellen Formen der deutschen Universität würden derzeit einer oberflächlichen Übersichtlichkeit und organisatorischen Vergleichbarkeit geopfert. Bisher sei das kaum gelungen. Die Hochschulen würden dafür einer – in der Privatwirtschaft bereits hinterfragten – »hierarchischen Linienverwaltung von oben her« unterworfen, die alles kontrollieren und steuern soll. Diese Umstülpung führe

nun leider nur zu – so Karl-Siegbert Rehberg – zu »cäsaristischen« Phantasien von Hochschulleitungen, die – allenfalls noch von externen Mitgliedern der Hochschulräte kontrollierten – wider besseres Wissen von oben »Exzellenz« erzeugen wollten.

Wie wir in den Sozial- und Geisteswissenschaften in den letzten 30 Jahren bereits erfahren haben, richten sich diese neuen »Gestaltungsphantasien« besonders gegen diese, die daher als akademischer Steinbruch erhalten müssen – ganz besonders die Kulturwissenschaften. Weil Geistes- und Sozialwissenschaften nicht als ökonomisch verwertbar gelten, schrumpft sich etwa die Technische Universität Berlin wieder auf eine reine Technikerhochschule zurück, ohne zu bedenken, dass das der TU einen ungünstigen Studentenschwund bescheren kann. Heute leiden bereits fast alle ostdeutschen Universitäten an zu wenig Studierenden. Das liegt vor allem an der einseitigen Ausrichtung dieser meist neu gegründeten Universitäten. Als pure Ingenieurs- oder Wirtschaftsunis strahlen viele davon kaum etwas aus, entwickeln ihre Standorte kaum das anziehende Flair von Universitätsstädten und ziehen nur wenig weibliche Studierende an. So kommen auch männliche Studierende nicht gern.

### **Geistes- und Sozialwissenschaften: gestrichen trotz wachsenden Bedarfs**

Wir stehen also vor der Paradoxie, dass – während weltweit die Angst vor Terror und neuen Kriegen wächst – die Sozialwissenschaften, die ermöglichen sollen soziale Konflikte zu verstehen, abgeschafft werden. Statt das Nachdenken über die neuen Gewaltprozesse zu fördern, werden die Hochschulen gezwungen, ihre Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft, Menschen im Sinne der Aufklärung zu »allseitig gebildeten Persönlichkeiten« zu machen bzw. zu kommunikationsfähigen Persönlichkeiten zu bilden, zu kündigen. So wird etwa das jetzt eingeführte verkürzte und modularisierte Studium der Islamwissenschaften, wie ein Hochschullehrer der Orientwissenschaften der Freien Universität Berlin kürzlich in der TAZ feststellte, keinesfalls mehr geeignet sein, auch nur ansatzweise einen Überblick über den Islam und die islamische Welt mit ihrer Vielfalt an Sprachen und Kulturen verschaffen zu können.

Es ist zu erwägen, ob die Universitäten nicht eine gute Anzahl potentieller Studierender durch die Spezialisierung und Verschulung des Studiums verlieren werden. Die Beseitigung der »kleinen« Fächer« führt ganz offenbar zum Verlust von Studenten. Schon jetzt beklagen manche Technische Universitäten den Mangel an Zulauf. Sie verlieren Studenten, weil sie kein allgemeines Studium anbieten können und weil kaum weibliche Studies sich bewerben.

Der Mehrheit der Kommilitoninnen erscheinen die Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Fächer als interessanter und auch wichtiger, obwohl sie wissen, dass sie in den entsprechenden Berufen weniger werden verdienen können. Eine Europa-Politik, die das Diktum vom »Gender Mainstreaming« ernst meint, müsste diese Interessengewichtung von Studentinnen ernst nehmen. Bisher sind jedoch ganz besonders

in der Bundesrepublik Deutschland vor allem jene Fächer zusammengestrichen worden, die vom weiblichen Geschlecht bevorzugt studiert wurden und für die besonders Frauen sich als potentielle Professorinnen qualifiziert haben.

Wilhelm von Humboldts Universität sah die Bildung zum allseitig entwickelten Menschen als unabdingbare Voraussetzung eines modernen Staatswesens. Die Verfassungen der deutschen Universitäten, mit der ihnen eingeräumten Freiheit von Forschung und Lehre, verhalfen ihnen zu Wachstum und Blütezeit vom 19. bis weit in's 20. Jahrhundert hinein. Sie wurden zum Vorbild der Universitätsgründungen vor allem in den USA, zumal da, wie die Paradoxie der Geschichte es wollte, in der »verspäteten Nation« aufgrund ihrer landesherrlichen Verfasstheit eine große Pluralität vorzüglicher Universitäten entstand.

Als den Berliner Universitäten Anfang der 1990er Jahre erste Hochschulverträge diktiert wurden, die die Unis zu »effizientem Wirtschaften« verpflichteten, war klar, dass damit der Bildungsauftrag der Hochschulen als Teil der freiheitlichen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland infrage gestellt war. Dass derartige Reformen die Universitäten auf das manchmal problematisch beschränkte Niveau amerikanischer Colleges degradieren werden, wurde seitens der gegenüber Hochschullehrern völlig ignorant gewordenen Politik nicht verstanden.

Es war kein Zufall, dass solche Verträge hierzulande zuerst den Universitäten von Berlin aufgezwungen werden konnten. In Berlin müssen sich seit 1990 drei Unis den Etat von vordem zweien teilen. Denn der Stadtstaat – früher als Frontstadt des kalten Krieges auf beiden Seiten hoch subventioniert – wurde nach der Wende seitens der Regierung in Bonn in eine finanziell problematische Lage geschickt und steht seither dauernd knapp vor dem Konkurs. Es wirkte wie eine Rache des »rheinischen Kapitalismus« an dem international bewunderten Zentrum des intellektuellen Freigeistes und der freien Künste, deren Image von Studentenbewegung, Wissenschaft und Kunst geprägt war.

Interessant ist, dass Berlin gerade zur Zeit des Abschlusses des WTO-Vertrags in Marrakesch 1994 zu den ungeliebten Universitätsverträgen kam. Bekanntlich entstand die WTO aus dem GATT, dem *General Agreement on Tariffs and Trade* von 1947, das den Handel mit agrarischen Produkten, mit Lebensmitteln sowie Dienstleistungen noch ausgeschlossen hatte. Zweck der WTO ist die Ausweitung des Welt Handels, besonders die Aufhebung des Schutzes, den die Landwirtschaft sowie die öffentliche Daseinsvorsorge hatten. Wesentlicher Bestandteil des WTO-Vertrags ist daher das GATS – *General Agreement on Trade in Services* – ein multilateraler Vertrag über grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen. Und zwar obwohl man in den USA sowie den Ländern des Südens sehr wohl weiß, dass eine öffentliche Daseinsvorsorge, die über den Markt abgewickelt wird, arme Menschen die (Kranken- etc.)Versorgung vorenthält. Die Politiker nahmen offenbar an, um weiteres Wirtschaftswachstum garantieren zu können, die (Allgemein-)Bildung opfern zu müssen. Es handelt sich damit um einen Enteignungsprozess, der an das berühmte »Bauernlegen« früherer Jahrhunderte erinnert.



Ausgeschlossen vom GATS sind nur die »in Ausübung hoheitlicher Aufgaben« erbrachten Dienstleistungen – also nichtkommerzielle, ohne Wettbewerb erbrachte Dienste der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wenn jedoch in einem Staat ein bestimmter Dienstleistungssektor bereits teilweise privat betrieben wird, muss laut GATS-Vertrag, der gesamte Teilsektor privatisiert werden. Kirchliche Kindergärten, private Schulen und Universitäten bedeuten also laut GATS, dass der Bildungssektor zur Privatisierung offen steht. Bisher hat die Europäische Union die Universitäten jedoch noch nicht zur Privatisierung freigegeben. Wohl aber betreibt die EU die Vereinheitlichung der Universitäten, die eine wesentliche Voraussetzung für den Handel mit Dienstleistungen sind. Hier liegt die Ursache für den Bologna-Prozess.

Dass mittels WTO und GATS bisherige »Commons«, also Gemeingüter der Allgemeinheit ohne Schadensersatz entzogen werden sollen, um der Privatwirtschaft ein weiteres Wachstum zu ermöglichen, bestätigen Berichte über die Art und Weise, mittels derer Verträge wie der WTO-Vertrag durch Geheimniskrämerei nebst Übertölpelung durchgesetzt wurden bzw. werden sollten (vgl. u. a. Mies/von Werlhof 1998). Vom SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer wissen wir, dass die Ratifizierung der neuen Welthandelsordnung im Deutschen Bundestag im Hau-ruckverfahren am 29. Juni 1994 erfolgte. Keiner der Abgeordneten hatte das 20 000 Seiten (!) lange Dokument gelesen, das quasi über Nacht auf den Tisch kam. In der Regel nehmen sich die Parlamente für eine Ratifizierung derartiger Vertragswerke ein bis zwei Jahre Zeit. 1994 gab es angeblich keine Möglichkeit dazu. Mehrere Abgeordnete sehen daher das Vertragswerk von Marrakesch als verfassungswidrig an. Erst acht Jahre später sprach der Bundestag sich am 12. März 2003 gegen Verhandlungsrunden hinter verschlossenen Türen aus (Scheer 2003: 101ff).

Bei Unterzeichnung des GATS behielt die Europäische Union sich vor, Dienstleistungen, die auf nationaler oder örtlicher Ebene als öffentliche Aufgaben betrachtet werden, staatliche Monopole u.ä., zunächst nicht der Privatisierung auszusetzen. Darunter fällt die öffentliche Forschung, die vorläufig Angelegenheit der verschiedenen Nationalstaaten bleibt, während hingegen die universitäre Lehre im Gegensatz zur Forschung nicht mehr explizit vor Privatisierung geschützt ist. Wurden hier kurzsichtig die Bauern geopfert, um die Türme im Spielfeld zu halten?

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die staatliche Bildungshoheit in Folge des GATS bereits more or less verschwunden ist (Hachfeld 2005, Hoffrogge 2005). Bei jeder neuen GATS-Runde müssen die EU-Staaten ihre bisherige Bewertung der Universitäten als staatliche Hoheitsaufgabe erneut verteidigen. Es geht also im Bologna-Prozess keineswegs nur darum, die Studierenden ungehindert in jedem Land der Europäischen Union studieren zu lassen, vielmehr soll der beschleunigte Vereinheitlichungsprozess die europäischen Universitäten für den internationalen Bildungsmarkt sozusagen aufbereiten.

Offenbar dient die – angesichts des neuen Etats der Bush-Regierung (vgl. FAZ 28.2.2008) – ziemlich willkürliche Sparpolitik gegenüber den Universitäten dazu, letztere gefügig zu machen, damit sie sich der Privatisierung öffnen. Diese Politik

war bereits erfolgreich: Während Technische Universität und Humboldt Universität in Berlin in auffälligen Mengen Ehrendoktorwürden und Honorarprofessuren etwa an VW-Manager oder Geschäftsführer von Stiftungen vergeben, strebt beispielsweise die Soziologie der Freien Universität eine Zusammenarbeit mit der Hertie Stiftung an, obwohl letztere ein sehr eng gefasstes Förderungsprofil hat. Die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre wird zugunsten der Finanzierbarkeit der Universitäten aufgegeben. Die Frage der Studiengebühren ist also keine Frage des Sparens oder Finanzierens. Nicht etwa die Höergebühren werden wieder eingeführt, die früher bei besonderen Privatdozenten wie Georg Wilhelm Friedrich Hegel oder Kurt Gödel über Jahre das Überleben ermöglichten. Studiengebühren sind vielmehr ein Schritt, den Bildungssektor von einem politisch-staatlich regulierten Sektor in einen privaten Markt zu verwandeln.

Administration und Politik verspielen damit die Zukunft der historisch gewachsenen Vielfalt der deutschen Universitäten. Das amerikanische Finanzierungsmodell ist keineswegs so staatsfrei, wie hierzulande suggeriert wird. Es führt überdies zu massiv manipulierten Wissenschaften und Maulkörben für viele Professoren. Auch in den USA werden Hochschulen, einschließlich der Elite-Universitäten, überwiegend aus staatlichen Töpfen finanziert. Erhebliches Geld kommt aus Bundesmitteln. Es ist das gleiche wie bei den Agrarsubventionen: die USA tun so als wollten sie den Freien Wettbewerb, in Wirklichkeit jedoch wollen sie lediglich den »Markt« für die amerikanischen Firmen erobern. Die Hochschullehrer werden dabei genau so behandelt, wie die (Klein-)Bauern im Agrarbereich: Durch Subventionen, die aber nicht den Farmern direkt, sondern den Lebensmittelverarbeitern und anderen Großkonzernen ausgezahlt werden sowie aggressivem Durchsetzen von »Strukturanpassungsmaßnahmen« nebst »Hygiene-Auflagen« werden die Bauern in die Abhängigkeit von den Konzernen und die Kleinbauern in den Ruin gedrängt. Die »Exzellenzinitiative« ist das Verfahren, dieses zeitraubende und insofern sehr ineffektive Modell hierzulande auch einzuführen. Das bei uns kürzlich erst aufgelegte Sonderprofessurenprogramm der VW-Stiftung ist more or less gescheitert, da die deutschen Universitäten nicht mitzumachen vermochten. Sie wussten tatsächlich nicht, wie sie die mit dem Programm verbundenen Verpflichtungen, die Stiftungsprofessuren nach fünf Jahren aus eigenen Haushaltsmitteln zu übernehmen, hätten finanzieren können.

## **Fazit**

Kontroverse Forschungen zur Globalisierung, zum Anwachsen der Korruption, zu Migrationströmen, Wahl- oder Ernährungsverhalten werden Aufgabe der Sozialwissenschaften bleiben. Statt reiner Forschungsfinanzierung brauchen wir eine das Lernen fördernde Bildungsfinanzierung. Steuergelder sollten daher für unabhängige, staatliche Universitäten statt etwa einseitig für in die (Gen-)Forschung

einiger weniger Großkonzerne ausgegeben werden (vgl. Ober / Mertens 2007) Im Falle der Universitäten kann zum Erhalt der Demokratie auf (National-)Staatlichkeit nicht verzichtet werden.

Wenn die neue flexibilisierte Universität ihre Privatdozenten behandelt wie selbständige Unternehmer, indem sie ihnen das gesamte Risiko, in einen langwierigen und ungewissen Ausbildungsgang investiert zu haben, alleine überlässt, müssten sie dieser Gruppe hinterher fairerweise zumindest (zeitweilige) Anstellungs- und Verdienstmöglichkeiten verschaffen, die diese Gruppe nicht direkt vom erwarteten »C 4 direkt ins Hartz IV« stößt, wie Die Zeit kürzlich titelte. Eine neoliberale Politik, die sich vor allem durch Menschenverachtung auszeichnet, wird auch den Kapitalismus auf die Dauern nicht retten können. Eine allgemeine Atmosphäre der Intellektuellenfeindlichkeit sowie Politiker, die keine Zeit zu haben meinen, Universitätsvertreter aller Statusgruppen und Personalkategorien zu konsultieren, bevor sie dermaßen umfängliche »Reformen« auf den Weg bringen, waren schon mehrfach in der Geschichte Anzeichen kommender totalitärer Zeiten.

So ist es kein Wunder, dass wir von einer gewissen Rückkehr einer Art von »Salonkultur« vernehmen, von der Wiederkehr von privaten Lesezirkeln und einer neuen Bewegung für Home-schooling hören. Gegen- und Untergrunduniversitäten ermöglichten etwa den Polen, während ihrer langen Zeit der Fremdherrschaften den Mut nicht zu verlieren. Wie Wolfgang Nitsch erinnert, sind wichtige Erfindungen und Neuerungen meistens eher außerhalb der Universitäten gemacht worden, da letztere auch in Zeiten ihrer Staatlichkeit zu problematischen Kotsausgaben gegenüber ihren Geldgebern neigten. »Wes' Brot ich es, des' Lied ich sing!«, das gilt nicht nur für die meisten Krieger und Mönche, sondern auch für die Mehrheit der Forscher und Professoren – egal, ob sie nun an staatlich oder privat finanzierten Forschungseinrichtungen oder Universitäten arbeiten. Eine neue Offenheit für »feste Freie«, wie die freischaffenden Journalisten der Presse und beim Rundfunk heißen, wären und sind daher immer ein notwendiges Korrelat. Flexible Anstellungsverhältnisse mit einer auskömmlichen Entlohnung gehören dazu.

## Literatur

- AStA der FU Berlin (Hrsg.) (2005): Universität im Umbruch – Der globale Bildungsmarkt und die Transformation der Hochschulen, Berlin.
- Bergahn, Sabine (2002): Hochschulreform als Ressourcenverschwendung und Kampf der Generationen?, *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Wissenschaft*, Jg. 11, H. 1, S. 105 – 113.
- Blomert, Reinhard (2001): Zwischen Humboldt und Coca Cola, *Die Zeit*, Nr. 33.
- Ders. (2005): Effizienz ist das Ende der Universität, *Die Tageszeitung*, 27. Juli 2005.
- Gizewski, Christian (2005): Zur Stellungs- und Einkommenslosigkeit habilitierter Wissenschaftler, in: <http://www2.tu-berlin.de/fb1/AGiW/Cricetus/C11.htm> (letzter Zugriff 1.3.2008)
- Grothe, Ewald, Mittelbau im Absichts? Neuer Arbeitskreis der wissenschaftlichen Mitarbeiter veröffentlicht die Ergebnisse einer Umfrage mit Pilotcharakter. In: *Wuppertaler Unimagazin*, Nr. 18 (Juni/Juli 2002), S. 2  
Online unter URL: <[http://www.aic.uni-wuppertal.de/AK-Mittelbau/Docs/Mittelbau\\_im\\_Absichts.pdf](http://www.aic.uni-wuppertal.de/AK-Mittelbau/Docs/Mittelbau_im_Absichts.pdf)>.

- Hachfeld, David (2005): Das GATS-Abkommen und die Kommerzialisierung von Bildung in der BRD, in: AStA FU Berlin (Hg), Universität im Umbruch, Berlin, S. 30 – 49.
- Haerdle, Benjamin (2005): Privatdozent, freischaffend, sucht..., in: DUZ das unabhängige Universitätsmagazin, 27. Mai 2005, S. 9 – 11.
- Hartung, Manuel J. (2003): »Lehre ohne Lohn«, Die Zeit, 24. Juli 2003.
- Hoffrogge, Ralf (2005): GATS, Bologna und die deutsche Hochschullandschaft, in: AStA FU Berlin (Hg), Universität im Umbruch, Berlin, S. 12 – 29.
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2005): Privatdozentinnen zur Verschrottung freigegeben? – von der allmählichen Wiederherstellung eines akademischen Proletariats. in: Ästhetik und Kommunikation Heft 128, 36. Jg. 2005, S. 111 – 119 siehe auch [www.deutscherhochschullehrerinnenbund.de/Aktuelles/Faltblatt2005.doc](http://www.deutscherhochschullehrerinnenbund.de/Aktuelles/Faltblatt2005.doc)
- Dies. (2004): Von der Austreibung des Geistes aus den Universitäten - Sparkurs und Konkurrenzdruck, Verschulung und Ausieben der Frauen, Kommune – Forum 22. Jg. 2004, Heft 4, Seite 26-31, im Netz: <http://www.tu-berlin.de/fb1/AGiW/Cricetus/SOzuC3/Archiv2/EliMeyRe.htm> (letzter Zugriff 1.3.2008)
- Dies., (2004): Low Budget Academics, in: Gegenworte – Zeitschrift der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, 14. H. Herbst 2000, S. 64 – 68, im Netz unter: <http://edoc.bbaw.de/oa/journals/remxm9mq8xjyE/PDF/23D2y1o0xwuE.pdf> (S. 65 – 87, letzter Zugriff: 30.1.2008)
- Dies. (1990): Feminist Research at German Universities? Nearly Impossible! in: Critical Sociology 7/1990, 61-73
- Dies. (1987): Bericht zur Institutionalisierung der Frauenforschung in West-Berlin, in: IWK – Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst (Wien), 4l. Jg. 1987, 133 – 136.
- Mies, Maria; von Werlhof, Claudia (1998) (Hg): Lizenz zum Plündern. Das multilaterale Abkommen über Investitionen »Mai«, Hamburg.
- Nitsch, Wolfgang (2007): Strukturelle Bedingungen und Arbeitsformen kritischer Wissenschaft, in: Brüchert, Oliver; Wagner, Alexander (Hrsg.): Kritische Wissenschaft, Emanzipation und die Entwicklung der Hochschulen, Marburg: BdWi -Verlag, S. 199 – 212.
- Oberdiek, Ulrich (2004): Ausgebootet – zur Beruflichen Altersdiskriminierung an deutschen Hochschulen, Marburg.
- Ober, Steffi, Mertens, Martha (2007): Forschung außer Kontrolle? Aktuelle Forschungsvorhaben zur Agro-Gentechnik, in: Agrarbündnis e.V. (Hg), Der Kritische Agrarbericht 2007, Hamm/Westfalen, S. 181 – 187.
- Rehberg, Karl-Siegbert, Brief des DGS-Vorsitzenden zum Ende seiner Amtszeit, Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 33(4): S. 189 – 193.
- Ders.(Hrsg. im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie): Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (im Erscheinen).
- Scheer, Herrmann (2003): Die Politiker, München.
- Steinert, Heinz (2005): Die Universitätsreform der Gegenaufklärung, in: [http://links-netz.de/K\\_texte/K\\_steinert\\_uni.html](http://links-netz.de/K_texte/K_steinert_uni.html) (letzter Zugriff 1.2.2008)
- Ulrich, Herbert (2002): Die Posse – Massenentlassungen werden ausgegeben als Hochschulreform, Süddeutsche Zeitung, 9. Januar 2002.
- Weber, Max (1991/1919): Wissenschaft als Beruf, in: Schriften zur Wissenschaftslehre, Stuttgart, S. 237 – 275.
- Wehler, Hans-Ulrich, (2002): Bulmahns Berufsverbot: Ab in die Pisa-Universität, in: Die Zeit 31.1.2002, wiederabgedruckt in: Hans-Ulrich Wehler, Konflikte zu Beginn des 21. Jahrhunderts, München 2003, S. 71 – 79.

*Elisabeth Meyer-Renschhausen*, Dr. habil., freie Journalistin und Autorin sowie Privatdozentin am Institut für Soziologie an der Freien Universität Berlin. Sie ist Sprecherin der Initiative Berliner Privatdozenten. Seit 1967 engagiert für Schul- und Universitätsreformen war sie auch einige Jahre als Teamerin auf Gewerkschaftsseminaren tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen neben anderen im Bereich der sozialen Bewegungen

## **Geschlechterstereotypen und weibliche Karrieremuster in der Wissenschaft**

Frauen können erst seit 1908 in ganz Deutschland an Hochschulen studieren. Vorangegangen war ein langer Kampf mit den Vorurteilen gegen studierende und studierte Frauenzimmer, den vor allem Frauen selbst zu führen hatten. Nachdem ihnen der Zugang zum Studium gelungen war, verlagerten sich die geschlechtsexklusiven Schließungsstrategien vom Zugang zum Qualifizierungssystem auf den Eingang ins Beschäftigungssystem. Teilweise sorgte die, bis in die 1950er Jahre bestehende »Zölibatsklausel« im Beamtenrecht dafür, dass sie mit der Heirat das Anrecht auf ihre Beschäftigung automatisch verloren. Seit der Zulassung der Frauen zum Hochschulstudium gelten geschlechtsspezifische Segregationsprozesse, die in mehr oder minder plausibler Weise an gängige Geschlechterstereotype anknüpfen. Sie unterteilen das Spektrum möglicher Tätigkeitsfelder in solche, die als eher »männlich« und für Frauen weniger geeignet, wenn nicht gänzlich verschlossen sind und in solche, die als »weiblich« gelten und ihnen daher offen stehen. Die weiblichen Teilbereiche auch hochqualifizierter Berufe und Professionen sind zugleich die statusniedrigeren, diejenigen, die mit vergleichsweise wenig(er) Prestige und schmalere(n) Zugangschancen zu materiellen, sozialen und symbolischen Ressourcen ausgestattet sind. Zwar stehen einer Integration von Frauen in akademische Berufe heute keine rechtlichen Hindernisse mehr im Wege, aber sobald über Karrieren zu entscheiden ist, zeigt sich, welche Dynamik nach wie vor in der sozialen Konstruktion von Geschlecht im Karrierebereich steckt. Gelegentliche »Modernisierungsschübe« haben an der Grundstruktur der hierarchisch gefassten Geschlechterdifferenz nichts Wesentliches geändert.

Die meisten Mädchen haben heute gleich gute oder bessere Schulbildung als Jungen. Schon 1994 hatten junge Frauen einen Anteil von 54,8 Prozent an den Jugendlichen, die die Hochschulreife erreichten, ihr Anteil an den StudienanfängerInnen überstieg im Wintersemester 1994 mit 52 Prozent erstmals den der Männer, in den folgenden Jahren sank er leicht auf 47,9 Prozent im Wintersemester 2006/07. In der Zwischenzeit gingen während des Studiums nicht viel mehr Frauen als Männer verloren: 49,5 Prozent der Hochschulabsolventen im Jahr 2005 waren weiblich. Auf den weiteren Qualifizierungsstufen jedoch sieht es schlechter aus: 39,6 Prozent der Promovierenden und 43 Prozent der Habilitierenden waren im Jahr 2005 Frauen. Heute machen Frauen 51,2 Prozent des Hochschulpersonals aus. Von den Professoren sind jedoch nur 14,3 Prozent weiblich, auf den besonders gut ausgestatteten C-4-Stellen sogar nur 9,7 Prozent.<sup>1</sup> Auch in den

1 Statistisches Bundesamt Deutschland 2007. Cews-Statistik.

außeruniversitären Forschungseinrichtungen finden die bestausgebildeten Frauen aller Zeiten oft keine entsprechenden Erwerbsarbeitsplätze. Frauen sind eher im Mittelbau und auf kurzfristigen drittmittelgeforderten Projektstellen zu finden. In der pyramidenförmigen Hierarchie gibt es in der Spitze so wenige Frauen, dass es nach wie vor an Vorbildern für weibliche Rollen- und Karrieremuster, besonders für Nachwuchswissenschaftlerinnen fehlt.

Frauen wollen nicht auf Familie oder andere Beziehungen verzichten, lautet eine häufige Erklärung für ihre Unterrepräsentanz – als wäre dieser Verzicht für Männer selbstverständlich. In Wahrheit lebte 2004 die Hälfte der Männer in einer traditionellen Familie mit Frau und Kind oder Kindern. Das sind bemerkenswert viele, denn solche Familien machen nur ca. 28 Prozent aller Haushalte aus. Die Partnerinnen halten diesen Männern den Rücken frei; zu einem Drittel sind sie nicht erwerbstätig, weitere 34 Prozent sind teilzeitbeschäftigt. Von den Frauen in Führungspositionen dagegen lebte 2004 nur ein Drittel in einer derartigen Kleinfamilie; ihre Partner sind meist beruflich ebenso eingespannt und legen eben so großen Wert auf eine Karriere, wie sie selbst. Ihre Frauen können sie bei den »häuslichen Aufgaben« wenig unterstützen. »Sobald Kinder da sind, sinkt die Karrierewahrscheinlichkeit sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der Privatwirtschaft: allerdings nur bei Frauen und nicht bei Männern«.<sup>2</sup>

Die organisatorische Rigidität in der Wissenschaft gehe nicht selten so weit, dass sogar Institutsleiterinnen, die selbst Mütter sind, auf zeitliche Restriktionen durch Mutterpflichten ihrer Nachwuchswissenschaftlerinnen keine Rücksicht nehmen, so geht es aus einer anderen Studie über Führungsfrauen hervor.<sup>3</sup> Komplizierte und strapaziöse Alltagsorganisation sei unvermeidlich, wenn eine Wissenschaftlerin mit Kindern die Karrierestufen wie vorgesehen nehmen wolle.

Die mangelnde Vereinbarkeit mit der Familienarbeit ist auch im Wissenschaftsbetrieb nur einer von mehreren Faktoren, mit denen heute noch Unterschiede in den Karrieremustern zwischen Männern und Frauen erklärt werden können. Die Differenzen werden auch nach Einführung von Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Elternschaft und Berufstätigkeit nicht verschwinden, denn sie ergeben sich »aus dem kulturell geprägten Verhalten auf beiden Seiten, Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen, den ökonomischen Bedingungen generell und möglicherweise aus einer geschlechterspezifischen Diskriminierung«.<sup>4</sup> Und sie wirken weit über die Vereinbarkeitsproblematik hinaus und betreffen auch Frauen die nie Mutter waren oder werden wollen. Das deutsche Universitätssystem selektiert nicht nur nach Klasse und Schicht, nach nationaler Zugehörigkeit und Ethnizität; die Kategorie Geschlecht setzt entscheidende Marken für den Zugang zu Positionen.

2 Corinna Kleinert/Susanne Kohaut/Doris Brader/Jula Lewerenz (2007): Frauen an der Spitze. Arbeitsbedingungen und Lebenslagen weiblicher Führungskräfte, Frankfurt/New-York.

3 Irmgard Schäuble/Karin Schreifeldt (2007): Karrieremuster von Frauen an Universitäten, München, S. 18.

4 Silke Bothfeld: Arbeitsmarkt, in: Silke Bothfeld (u.a.) (2005): WSI-FrauenDatenReport 2005, Berlin, S. 109 – 186; hier: S. 114.

## **Vielfältige Arbeitsverhältnisse**

An den Universitäten und in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen finden wir seit langem eine Vielzahl verschiedenartiger Arbeitsplätze: vom gut dotierten C-4-Professor bis zur HonorarprofessorIn oder PrivatdozentIn, die umsonst arbeiten muss, um ihre Lehrbefähigung zu erhalten; schließlich der/die jungen WissenschaftlerIn, die als Praktikantin oder Lehrbeauftragte ihre Fahrtkosten selbst bezahlt, um in ihren Bewerbungsunterlagen Berufserfahrung vorweisen zu können.

Dass viele erwerbslose AkademikerInnen inzwischen auf dem Niveau der nach Einführung von Hartz IV seit 1. Januar 2005 staatlich geförderten Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) angelangt sind, wird wenig diskutiert. An den Universitäten selbst begegnen sie uns zwar nur selten, umso häufiger aber in Wohlfahrtsverbänden, Bibliotheken, Forschungseinrichtungen, sozialen Initiativen und anderen Arbeitsbereichen. Erwerbslose, die einen »zumutbaren« Job ablehnen, dazu gehört auch der Ein-Euro-Job, werden mit dem Entzug der Leistung für gestaffelte Zeiträume bestraft. Zumutbar ist jede legale Arbeit.

*Die Übergänge von prekärer Arbeit zu Gratarbeit sind oft fließend. Zeiten der Unterbrechungen, verbunden mit der Übernahme unbezahlter Arbeit in Haus- und Familie, Gratarbeit durch Schreiben von Projektanträgen etc. und Wiedereingliederung in die Arbeit im Wissenschaftsbetrieb, oft in Form von Teilzeitarbeit, ungeschützter, geringfügiger oder befristeter Beschäftigung, oder Ausstieg in arbeitnehmerähnliche »neue Selbständigkeit« oder »Solo-Selbständigkeit« mit eigenen Forschungsinstituten, durch die die eigene Existenzsicherung mehr schlecht als recht oder gar nicht gesichert ist, stellen in der Erwerbsbiografie vieler WissenschaftlerInnen schon lange das »Normalarbeitsverhältnis« dar.<sup>5</sup>*

Teilzeitbeschäftigung ist nicht per se prekär, aber dort, wo man von einer reduzierten Stelle gut leben kann (z. B. auf einer gut dotierten ProfessorInnenstelle) wird nur selten geteilt; umso häufiger auf den niedrigeren Positionen. Teilzeitsekretärinnen sind auch im Wissenschaftsbetrieb weit verbreitet und auch sie haben nicht selten einen akademischen Abschluss. Die Ausweitung der Teilzeitarbeit, so wird auch für den Wissenschaftsbetrieb argumentiert, würde mehr Menschen eine Beschäftigung ermöglichen, davon könnten schließlich auch die Erwerbslosen profitieren. Diese Hoffnung erweist sich jedoch meist als Trugschluss: die Konsequenz der aktuellen Ausweitung der Teilzeitstellen ist, dass die Vollzeitstellen sinken. Für Frauen, die die Teilzeitplätze weit mehrheitlich innehaben, bedeutet das meist den Verlust der eigenständigen Existenzsicherung und Armut im Alter. Zwischen 1991 und 2003 stieg der Anteil der erwerbstätigen Frauen, die auf Unterhalt durch Angehörige angewiesen sind, insgesamt von 7 Prozent auf 11 Prozent an. Diese Frauen gehören zu den working poor, sie sind arm, obwohl sie einer Erwerbsarbeit nachgehen und obwohl sie meist gut qualifiziert sind. Angesichts der

5 Vgl. auch: Gisela Notz: Arbeit – Mehr als eine Beschäftigung, die Geld einbringt. Ver.di Frauen- und Gleichstellungspolitik, Berlin 2005, S. 17.

mangelhaften Kinderbetreuungsmöglichkeiten, besonders in Westdeutschland, sehen Frauen oft keine vollzeitige existenzsichernde Erwerbsmöglichkeit. Noch öfter bekommen sie allerdings keine andere angeboten.

## **Prekäre Arbeitsverhältnisse**

Prekäre Arbeitsverhältnisse sind solche, bei denen zumindest ein zentrales Element vom »typischen« Normalarbeitsverhältnis abweicht. In den meisten Fällen fehlt die Sozialversicherung, aber auch die Vertragsdauer, die geregelte Arbeitszeit, die Sicherheit des Arbeitsplatzes oder zum Beispiel die Sonderleistungen können fehlen oder abweichen. Das Merkmal »Ungeschütztheit« ist bereits dann erfüllt, wenn eines der Kriterien zutrifft. Oft treffen jedoch mehrere Kriterien auf solche Arbeitsverhältnisse zu. Je mehr Abweichungen vom »Normalarbeitsverhältnis« vorhanden sind, desto prekärer ist das Beschäftigungsverhältnis.

»Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, befristete Beschäftigung, ›freie‹ Mitarbeit, Werkvertragsverhältnisse, Kapovaz, Job-sharing und andere Formen von Teilzeitarbeit, Heimarbeit und Schwarzarbeit,« so bezeichnete die Sozialwissenschaftlerin Carola Möller Anfang der 1980er Jahre diese sich damals bereits ausbreitende Arbeitsform, die vor allem viele Frauen betraf.<sup>6</sup> Sie registrierte einen extrem hohen Anteil an prekären Arbeitsverhältnissen (»um die 80 Prozent und mehr«) für den Einzelhandel, für das Hotel- und Gaststättengewerbe, für Dienstleistungsbetriebe, die Hausarbeit vermarkten, für die freie Wohlfahrtspflege, aber auch für die Universitäten. Sie entlarvte diese Arbeitsverhältnisse als »eine der wichtigsten Kapitalstrategien,« die geeignet sei, die Arbeit von der gutbezahlten über die schlechtbezahlte zur unbezahlten Arbeit hin umzuverteilen. Und sie stellte schon damals fest, dass diese Strategie weder neu, noch eine kurzfristige Erscheinung im Rahmen einer ›Krise‹ sei, »sondern eine konsequente und notwendige Weiterentwicklung der Kapitalverwertungsform«. Und weiter: »Auch wenn Männer jetzt mehr und mehr ebenfalls in ungeschützte Arbeitsverhältnisse kommen, so hebt das die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung nicht auf«, sondern – das zeigten ihre Fallstudien – »Frauen erhalten in den schlechten Arbeitsverhältnissen weiterhin die schlechteren Plätze«. <sup>7</sup> Das Niveau, auf dem die Beschäftigten ihre Arbeitskraft verkaufen können, sinkt ab, aber die Hierarchie bleibt. So wie die ungeschützten Arbeitsverhältnisse zunehmen, nimmt auch die Armut der Frauen zu. Leider sollte sie Recht behalten.

6 Carola Möller (1982): Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse – verstärkte Spaltung der abhängig Arbeitenden, Konsequenzen für die Frauenforschung und die Frauenbewegung, in: Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Beiträge zur Frauenforschung am 21. Deutschen Soziologentg, Bamberg 1982, München, S. 183 – 200, hier: S. 183 f.

7 Carola Möller (1987): »Die haben wir dann sehr gerne, diese Damen...«. Ergebnisse und Konsequenzen aus einem Forschungsprojekt über ungeschützte Arbeitsverhältnisse, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H. 19/1987, S. 56 – 66; hier: S. 62.



## **Working poor – auch an den Universitäten**

Die Um- und Neugestaltung sowie der Abbaus von arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Strukturen und sozialen Sicherungssystemen verstärkt sich gegenwärtig. Das betrifft nicht nur Deutschland, sondern viele europäische Länder. Diese Transformation macht auch vor dem öffentlichen Dienst, den Universitäten und den übrigen Wissenschaftsbetrieben nicht Halt. Organisatorische Unruhe, ständiger Wettkampf, zunehmende Konkurrenz und knappe Ressourcen charakterisieren die Situation (nicht nur) innerhalb der Hochschulen. Auch für viele akademisch ausgebildete Menschen führt die Arbeit nicht mehr zur (längerfristigen) Einkommenssicherung und damit verbundenen sozialen Absicherung. Prekäre Arbeitsverträge durch Zeit- und Altersbegrenzungen, Mobilitätswang und Nichtberücksichtigung von Lebenslagen durch Gleichzeitigkeit von Beruf und Familie treffen Frauen oft anders als Männer. Viele trösten sich selbst und andere damit, dass es sich lediglich um eine temporärere Lebenslage handelt, die durch eine Weiterqualifizierung, einen akademischen Titel, das Schreiben von Veröffentlichungen und vielen Bewerbungen auf »feste Stellen« aktiv bewältigt werden kann. Oft erweist sich eine solche Hoffnung als Illusion.

## **Einflussfaktoren auf die Marginalisierung von Wissenschaftlerinnen**

Auch wenn wir wissen, dass Männer und Frauen in der Realität keine klar voneinander abgegrenzten, in sich homogenen Bevölkerungsgruppen sind, ist es nach wie vor die Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, die die alltägliche Praxis der Arbeitsverteilung bestimmt. Studien zeigen, dass Frauen und Männer sich über die Benachteiligungen und die Ausschlussverfahren von Frauen einig sind. Auch ist die Bereitschaft der Männer vorhanden, diese Ungerechtigkeiten zu problematisieren und darüber zu sprechen.<sup>8</sup> Ayla Neusel verweist darauf, dass es international kontrovers diskutiert wird, ob die »Doppelorientierung der Frau« an Beruf und Familie ein besonders karrierehemmender Einflussfaktor ist oder ob eine stärkere Familienunterstützung die berufliche Karriere evtl. sogar positiv beeinflusst. Dies wird allerdings nur dann der Fall sein, wenn Haus- und Sorgearbeiten an andere Frauen, sprich Dienstbotinnen oder Kindermädchen delegiert wird. Frauen der ersten »alten« Frauenbewegungen – bürgerliche wie proletarische – haben zu Beginn des 20. Jahrhunderts bereits Bedenken, gegen solche »Emanzipationsbestrebungen« geäußert. Heute feiert dieses Modell der Abgabe von ungeliebten Arbeiten an Frauen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse ein beinahe unkritisierendes come-back.<sup>9</sup>

8 Ayla Neusel (1998): Annäherung an ein Forschungskonzept zur Untersuchung des Zusammenhangs von Geschlecht und Organisation in der Hochschule, in: Ulrich Teichler/Hans-Dieter Daniel/Jürgen Enders (Hg.): Brennpunkt Hochschule. Neuere Analysen zu Hochschule, Beruf und Gesellschaft, Frankfurt/New York, S. 97 – 120, hier: S. 101.

Durch die historische Verspätung des Zugangs der Frauen zum Wissenschaftssystem, einer von Männern geprägten Kultur, beginnt für sie ein Prozess der Anpassung an eine Welt, die im Widerspruch zu ihrer geschlechtsspezifischen Sozialisation steht. Es kann ihnen nur dann gelingen, ihre marginale und Männern assistierende Position im Wissenschaftsbetrieb zu überwinden, wenn sie mehr Einfluss in den Wissenschaftsbetrieb gewinnen.

### **Fazit: Prekarität (kaum) ein Thema?**

Freilich sind Frauen (ebenso wie Männer) nicht nur Opfer der Verhältnisse, sondern auch handelnde Subjekte. Der Anpassungsdruck, dem die Beschäftigten ausgesetzt sind, oder zu sein scheinen, hat Auswirkungen auf wissenschaftliche Denk- und Verhaltensweisen. Konkurrenzdruck, Entpolitisierung und Zerfall solidarischer Strukturen sind die Folge.

Inwieweit die »Empfehlungen zur Gleichstellung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern«, die der Wissenschaftsrat 2007 vorgestellt hat, um den Frauenanteil im Wissenschaftsapparat zu erhöhen und Gleichstellung zur Chefaufgabe zu machen, greifen, muss offen bleiben, solange Ergebnisse über die Operationalisierung bzw. Umsetzung noch ausstehen. Prekäre Arbeitsverhältnisse werden in den Empfehlungen ohnehin nicht problematisiert. Lediglich wird den Leitungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen empfohlen, verstärkt zu beobachten, wie sich diese auf die Geschlechter verteilen. Das heißt nicht mehr als die Verteilung des verschimmelten Kuchens zu beobachten.<sup>10</sup> Wichtig wäre es, gegen präkäre Arbeitsverhältnisse generell vorzugehen.

Was vielen Frauen fehlt, sind informelle Netzwerke, Unterstützung und Hilfestellung. Ohne bewusste Frauenförderung und Quotierung werden Frauen auch weiter die schlechteren Karten ziehen. Ohne Allianzen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften wie Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Frauenzusammenschlüssen und ohne Kooperation zwischen verschiedenen AkteurInnen wird es schwer gelingen, soziale und geschlechter-spezifische Ungleichheit zu überwinden auch im Wissenschaftsbetrieb.

*Gisela Notz*, Dr. phil., Sozialwissenschaftlerin, war von 1979 bis Mai 2007 wissenschaftliche Referentin in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und lehrte an verschiedenen Universitäten mit folgenden Arbeitsschwerpunkten: Forschungsprojekte zu verschiedenen Formen von bezahlt und unbezahlt geleisteter (Frauen)arbeit, zur beruflichen und politischen Bildung, zur Alternativen Ökonomie, zur historischen Frauenforschung. Sie ist jetzt freiberuflich tätig.

9 Vgl. Bridget Anderson (2006): *Doing the Dirty Work. Migrantinnen in der bezahlten Hausarbeit in Europa*, Berlin und Hamburg.

10 [www.chancengleichheit.de](http://www.chancengleichheit.de)

## »Streik« – Ein Lehrbeauftragter resümiert Erfahrungen<sup>1</sup>

Im Sommersemester 2006 traten die Lehrbeauftragten am Institut für Ethnologie und Afrikanistik nach einer Urabstimmung geschlossen in »Streik« – genau genommen, war es so: Wir nahmen unsere Lehraufträge nicht an – denn Lehrbeauftragte unterliegen ja keinem Tarifrecht. Immerhin 16 Proseminare und zwei Sprachkurse fielen daraufhin aus.

Unser Institut ist im Vergleich zu den großen Sozialwissenschaften zwar überschaubar, doch mit Abstand das personenstärkste in der kulturwissenschaftlichen Fakultät mit einer Größe von etwa tausend Studierenden. Dabei besitzt die Ethnologie dank Stellenstreichungen und langer Wiederbesetzungsphase nur wenig festes Personal. Derzeit sind es drei Professuren, eine Assistenz und seit Einführung der Studiengebühren nun eineinhalb Lektorenstellen. Ein Pool von 20 bis 30 Lehrbeauftragten sorgt beständig für ein breites Lehr- und Betreuungsangebot im Grundstudium. Diese Lehrbeauftragten bekamen im Wintersemester 2004/05 255,- Euro für einen doppelstündigen Lehrauftrag – pro Semester wohlgermerkt. Nach einer Umfrage an unserem Institut ergaben sich zusätzlich zu 30 Lehrstunden im Durchschnitt 60 volle Arbeitszeitstunden für Vorbereitung, Betreuung und Korrekturen, was bei gleichzeitig wesentlicher Entlastung der überladenen fest angestellten Lehrkräfte am Institut rechnerisch zu einer Vergütung von zwei bis drei Euro pro Arbeitsstunde führte.

Auslöser für den massiveren Schritt eines Streiks war der allgemein geäußerte Unmut im Anschluss an eine gewöhnliche Institutssitzung im Mai 2005. Hier war die magere Vergütung der Lehraufträge wieder einmal zum Thema geworden, ohne dass die Institutsleitung den versammelten Lehrbeauftragten Hoffnung auf Abhilfe machen konnte. In einem Jahr Vorarbeit versuchten wir unser Anliegen nach außen zu tragen, uns aber auch selbst über die Lage an anderen Instituten und Hochschulen, über rechtliche und politische Möglichkeiten sowie Ansprechpartner und potenzielle Allianzen zu informieren. In einem gemeinsamen Brief an unser Dekanat, den 19 Promovierende, Promovierte und Habilitierte unterzeichneten, forderten wir im Juni 2005 eine Vergütung gemäß der entsprechenden Lehrauftrags- und Lehrvergütungsvorschrift des Bayerischen Wissenschaftsministeriums vom 8. Juni 2001.<sup>2</sup> Genannt sind dort – selbstverständlich mit Verweis auf eine entsprechend potente Haushaltslage der Universität – Sätze von 21,- EURO Einzelstundenvergütung, 50,50 EURO Vergütung bei besonderer Belastung sowie 336,- bzw. 673,- EURO für Privatdozentinnen und -dozenten. Wir nahmen Kontakt zum örtlichen Personalrat auf (der eigentlich nur für das fest an-

1 Der Autor trug die erste Fassung dieser Auswertung auf der Leipziger BdWi-Arbeitstagung »Prekarisierung von Wissenschaft und wissenschaftlichen Arbeitsverhältnissen« im Januar 2008 vor.

2 Nr. X/2-23/56-10a/19 239, dokumentiert im KWMBI I Nr. 12/2001, s. auch BayHSchPG Art. 31-32.

gestellte Personal zuständig ist), bekamen rechtlichen Rat von einem ehemals leitenden, nun pensionierten Verwaltungsbeamten der Universität, suchten das Gespräch mit Lehrbeauftragten anderer Institute und Hochschulen und diskutierten mit den Mitgliedern des Institutslehrkörpers Lag das regelmäßige Engagement bei einer Handvoll Aktiver, übernahmen nach zähem Anfang dann eine ganze Reihe Interessierter organisatorische Patenschaften für verschiedene Folgeaktionen.

Da wir unser Anliegen weder einklagen noch erzwingen konnten und deshalb abwarten wollten, was mit den damals neu angekündigten Studiengebühren passieren sollte, schloss der Streik unseren Protest als Höhepunkt ab. Nach schrittweiser Anhebung bezahlt das Dekanat heute für etwa zehn Lehraufträge 10 Euro pro Lehrstunde Diese 10 Euro werden aus den inzwischen eingeführten Studiengebühren auf 20 verdoppelt, der Rest der vom Institut bewilligten Lehraufträge wird mit 20 Euro vollständig aus Studiengebühren finanziert So erhält ein/e Lehrbeauftragte/r für das Semester inzwischen 600,- Euro.

## **Sympathien und Allianzen**

Die kämpferische Thematisierung von Lehraufträgen, obwohl auch früher schon aufgegriffen, schien unerwartet – funktionierte die Handhabung doch weitgehend reibungslos. Bald zeigte sich, dass wir ausschließlich auf erstaunte Sympathisant/innen stießen. Das Institut für Ethnologie und Afrikanistik sagte zu, uns in Gremien und Öffentlichkeit zu unterstützen und uns während des Streiks nicht zu ersetzen, was wesentlich zu einer angstfreien Mobilisierung beitrug. Der Dekan äußerte Verständnis, verwies aber auf den Sachzwang einer allgemeinen Reduktion bezahlter Lehraufträge bei höherer Einzelvergütung. Der Rektor (und heutige Präsident) schließlich sah die Entscheidungskompetenz bei den Dekanen, beschrieb sich als machtloses Zwischenglied zwischen ihnen und dem Kultusministerium und prophezeite uns, wir würden es schwer haben, jemanden zu finden, der *nicht* mit uns sympathisiere. Kurz darauf verlaublich das Kultusministerium, Lehrbeauftragte leisteten »gute Arbeit«.

Der Personalrat immerhin ermöglichte uns einen Redebeitrag auf der Personalvollversammlung, der Arbeitskreis Gewerkschaften – eine überwiegend aus Studierenden bestehende Initiative – bot kleinere Publikationsmöglichkeiten und auf Veranstaltungen Ko-Referate und Organisationshilfe an. Eine Plattform für Veröffentlichung und Organisation fand sich auch in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern, in der die Fachgruppe Hochschule und Forschung neuen Aufwind erfuhr. Die AG Lehrbeauftragte der GEW Berlin schickte einen Referenten und bot umfassende Recherchen. An den Instituten der Politologie, Soziologie und Philosophie gründeten sich eigene Lehrbeauftragten-Initiativen, die in der dezentralen Universitätsstruktur über recht unterschiedliche Problemlagen klagten Das veranlasste auch uns selbst zu einem hausinternen Schwerpunkt, ohne

den Kontakt nach außen zu verlieren – wie etwa zu einer Gruppe prekär beschäftigter SprachlehrerInnen, die durch das rege Medieninteresse auf unser Engagement aufmerksam geworden war.

Interviews, Artikel und Kommentare erschienen in Abendzeitung, Süddeutscher Zeitung und im Münchner Merkur unter Titeln wie »Hungerlöhne an Münchner Uni«, »Fast zum Nulltarif« oder »Drei-Euro-Lohn: Lehrbeauftragte im Streik«.<sup>3</sup> Öffentlichkeitswirksam zeigte sich auch der dokumentarische Fernsehbeitrag »Forscher in Not« des Lehrbeauftragten Arno Trümper, den das 3SAT-Wissenschaftsmagazin *nano* der Vorsitzenden der Hochschulrektorenkonferenz Margret Wintermantel vorführte.<sup>4</sup> Die akademische Exzellenzinitiative bot interessierten Medien den idealen (und unverhofften) Anlass, die Diskrepanz zwischen Elite-Getöse und akademischer Billigarbeit auszuleuchten. In einem Hintergrundgespräch stellte sich allerdings schnell heraus, dass berufliche Prekarität auch innerhalb der Redaktionen Kreise zog und junge JournalistInnen über den aktuellen Umweg Universität auch politisches Bewusstsein für die eigene Situation zu wecken suchten. Sicherlich kam uns Lehrbeauftragten in der erfolgreichen Medienberichterstattung – ganz im Sinne Pierre Bourdieus – das Privileg der kompetenten Äußerung wie der richtigen sozialen Kontakte zugute. Vor allem das Medieninteresse verschaffte unserem kleinen Aufstand auch über den lokalen Kontext hinaus Aufmerksamkeit und Nachlese. Nicht zuletzt seien die Studierenden unseres Faches erwähnt, die weitgehend Verständnis für die ausgefallenen Seminare äußerten und uns Fachschaftszeitung und Weblog<sup>5</sup> zur Verfügung stellten. Sie luden uns auf eigene Protestveranstaltungen ein, betteten unser Anliegen in eine studentische Petition beim Bayerischen Landtag ein, mit der sie sich um Stellenerhalt am Institut bemühten, und leisteten hier und da nötige Organisationshilfe. Veranstaltungen wie die Podiumsdiskussion »Beruf Wissenschaft – Prekäre Karriere für die Elite-Universität« im Februar oder die öffentliche Ringvorlesung auf dem Münchner Odeonsplatz im Juli 2006 wären ohne Unterstützung all dieser AkteurInnen kaum erfolgreich zustande gekommen.

## Spannungsfelder

Nicht unbedingt überraschend, aber ab und zu in unerwarteten Momenten blieben Spannungen nicht aus: sowohl im Vorbereitungsjahr wie im Streiksemester. In der schönen Tradition studentischer Generationenkonflikte erwarteten VertreterInnen der Studierenden ein ereignisreiches sommerliches Happening und forderten etwa Vorlesungen in der Trambahn ein. Bei uns Lehrbeauftragten aber ging das übliche zeitaufwendige Leben weiter: unverzichtbare Erwerbstätigkeit, das Verfassen von

3 Abendzeitung 04./05.02.06, SZ, 08.02.06, MM 09.05.06.

4 06.06.06.

5 <http://protest.twoday.net>

Anträgen, Artikeln und Bewerbungen sowie ein Rest Privatleben, denn viele Lehrbeauftragte haben mit 30 bis 45 Jahren eine eigene Familie. Nach Einführung der Studiengebühren – die Studierenden hatten bei allgemein schwachen Protesten und recht hohem Verständnis für die Gebühren immerhin die Mitbestimmung über die Verwendung in den Fachbereichen durchgesetzt – irritierte zudem das Argument, mit einer Verdoppelung der Lehrauftragsvergütung von 10 auf 20 Euro müsse nun auch entsprechende Leistungsbereitschaft sichtbar werden. Für die Lebensrealität ohnehin in stetiger Selbstausbeutung existierender Lehrbeauftragter allerdings bleiben unter den gegebenen Umständen auch 100 Prozent mehr eher symbolisch.

Als wenig durchschaubar und unvorteilhaft bei der Suche nach entscheidungskompetenten GesprächspartnerInnen erwiesen sich langjährige Querelen in der universitätsinternen Hierarchie und Organisationsstruktur Verantwortlich gemacht für die historische Genese unserer Misere wurde denn auch die jeweils andere Verwaltungsebene. Immer wieder kam dabei die Ambiguität der Institution Lehrauftrag zur Sprache, die heute sowohl das ursprüngliche freundliche Zusatzangebot durch beruflich etablierte Praxis-ExpertInnen umfasst wie die schleichende Verdrängung der klassischen Assistenzstelle. Der Dekan bekräftigt in seinem Antwortschreiben an uns im Juni 2005, »[...] dass Lehraufträge im Regelfall der Weiterqualifizierung von Nachwuchswissenschaftlern dienen und eine Ergänzung des Lehrangebotes darstellen, nicht aber zum Erbhof [sic!] werden sollen.« Im persönlichen Gespräch ergänzt der Nachfolger im Amt, die Universität sei nun einmal »kein Sozialamt«.

Schließlich ergab sich ein wesentliches Spannungsfeld aus der politischen Heterogenität der Lehrbeauftragten selbst Ein selbstkritischer Hinweis auf das schwierige Diskussionsverhalten Intellektueller soll an dieser Stelle nicht fehlen. Bei unseren regelmäßigen Treffen waren immer wieder aufgerollte Grundsatzdebatten die unvermeidliche Folge stets wechselnd zusammengesetzter TeilnehmerInnen. Ohne praktisches Handeln aber ist Öffentlichkeit für politische Anliegen kaum zu realisieren. Unter den intern vertretenen Positionen fand sich die Forderung, den Bildungsbegriff als solchen in Frage zu stellen und grundsätzlich zu diskutieren, welche (Fach-)Wissenschaft wünschenswert sei. Nur ließ sich mit Blick auf die Situation der Lehrbeauftragten aus dieser Diskussion kein konkretes Handeln ableiten. Eine Stimme rief dazu auf, den B.A./M.A.-Umbau des Studiums zu nutzen, um Themengebiete der Lehrbeauftragten unverzichtbar zu machen. Doch wollten wir etwa langfristig etablierte Lehraufträge statt angemessen entlohnter Stellen mit Sozialversicherung? Sorge um soziale Deklassierung zeigte sich wohl in der Stellungnahme, man sei prinzipiell Elite, verfüge über die »nationale Ressource« Bildung und lebe unterhalb angemessener Ansprüche. Dennoch bot sich die Möglichkeit zum Konsens mit der gewerkschaftlichen Forderung, gute Arbeit auch gut zu entlohnen. Der Minimalkonsens, die urgewerkschaftliche Forderung nach besserer Bezahlung, fand denn auch die größte Unterstützung Nichts-

destoweniger konnten sich selbst dieser schlichten Forderung nicht alle anschließen – manche zogen sich aus inhaltlichen Gründen zurück, anderen fehlte die Zeit für ein umfassenderes Engagement. Die praktischen Erfahrungen unseres Lehrbeauftragten-»Streiks«, über dessen Erfolg sich sicherlich streiten lässt, verweisen in vielfacher Hinsicht auf die größere Debatte um Prekarisierung von Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnissen. Mit Blick auf die politische Mobilisierbarkeit atomisierter IndividualistInnen und SpezialistInnen in der Wissenschaft, die bei geringem gewerkschaftlichen Organisationsgrad die unerschöpfliche Hoffnung auf soziale Aufwärtsmobilität verkörpern, scheint mir beachtenswert, dass dieses biographische Projekt und dieser Lebensstil nicht ausschließlich aufgezwängt wurden, sondern auch gewählt und mitgeprägt werden. Vor allem die Jüngeren hätten die Zeichen der Zeit erkennen und es vermutlich besser wissen können. Wir alle aber halten unsere wissenschaftliche Arbeit für sinnvoll und tun sie gerne. In einem Miteinander aus kühler Analyse und Bereitschaft zu pragmatischem Minimalkonsens sollten wir genau mit diesem Argument für das Engagement zu Gunsten besserer Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft werben.

*Magnus Treiber*, Dr., arbeitet derzeit als studiengebühren-finanzierte »Lehrkraft für besondere Aufgaben« am Institut für Ethnologie und Afrikanistik der Universität München

## **Visionen und Grundbausteine einer Reform der Personalstruktur an Hochschulen**

### **Ausbau der Hochschulen – Geld ist genug da**

In der wissensbasierten Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sind die Hochschulen und das an ihnen beschäftigte Personal mit quantitativen und qualitativen steigenden Anforderungen an die von ihnen geleitete wissenschaftliche Arbeit konfrontiert:

- steigende quantitative Anforderungen, weil unsere Gesellschaft in Zukunft deutlich mehr qualifizierte Akademikerinnen und Akademiker und mehr Forschungsergebnisse benötigt,
- steigende qualitative Anforderungen, weil die vom Bologna-Prozess beanspruchte Verbesserung der Qualität der Lehre und stärkere Bedeutung der Qualitätssicherung in der Forschung höhere Anforderungen an die von an Hochschulen tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geleistete Arbeit in Forschung, Lehre und Management stellt.

Bereits in der Vergangenheit hielten der Ausbau der Hochschulen und die Einstellung von wissenschaftlichem Personal nicht mit dem Anstieg von Studierendenzahlen und der von den Hochschulen erbrachten Leistungen Schritt. Diese Entwicklung muss endlich gestoppt und in die entgegengesetzte Richtung umgelenkt werden. Wer den »Studentenberg« nicht untertunneln, sondern erklimmen will, wer von den Hochschulen mehr Leistungen in Forschung und Lehre mit höherer Qualität erwartet, muss endlich auch den überfälligen Ausbau der Hochschulen in Angriff nehmen und deutlich mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einstellen. Als Arbeitgeber sind die Hochschulen dabei in der Pflicht, eine bedarfsgerechte Personalplanung zu entwickeln. Die Hochschulen tragen überdies eine Mitverantwortung für die Ausgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse auf der Grundlage tarifvertraglicher und gesetzlicher Regelungen. Sie sollten eine Prekarisierung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen im Wissenschaftsbereich verhindern. Allerdings muss der Staat sie dazu auch in die Lage versetzen und der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen endlich ein Ende setzen. Nach Berechnungen der Hochschulrektorenkonferenz müssten Bund und Länder jährlich 2,3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stellen, allein um die von der Kultusministerkonferenz prognostizierte zusätzlichen Nachfrage nach Studienplätzen Rechnung zu tragen, tatsächlich wurden aber bisher nur 876 Millionen Euro für den gesamten Zeitraum 2007 bis 2010, also pro Jahr nur 175 Millionen Euro, zugesagt. Geld ist genug da: Marode öffentliche Haushalte sind das Resultat der Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte –



und diese Politik kann geändert werden. Die Politik muss den Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung endlich das Gewicht einräumen, das sie in Sonntagsreden immer beschwört.

### **Aufgabengerechte Personalstruktur – Wissenschaft als Beruf**

Wir brauchen eine aufgabengerechte Personalstruktur, die endlich radikal mit den überkommenen Strukturprinzipien der alten Ordinariuniversität bricht und von den modernen Anforderungen des Arbeitsplatzes Hochschule und Forschung ausgeht. Es ist falsch, die hauptberufliche wissenschaftliche Arbeit an Hochschulen eindimensional auf die Professorenkarriere zuzuschneiden. Es ist ein Anachronismus der deutschen Hochschulpersonalstruktur, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlerinnen entweder Professorinnen und Professoren sind oder sich – als wissenschaftlicher »Nachwuchs« – auf eine Professur vorbereiten, und sei es ein Leben lang. Um den steinigen Weg zur Professur erforderlichenfalls ins Endlose zu verlängern, wurden immer neue Personalkategorien ersonnen: wissenschaftliche Hilfskräfte, Assistentinnen und Assistenten, Oberassistentinnen und Oberassistenten, Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten usw. Nach dem Motto »Lehrjahre sind keine Herrenjahre« kann der in der Regel sehr erwachsene wissenschaftliche Nachwuchs ein Leben lang in künstlicher Abhängigkeit gehalten und atypischen prekären Beschäftigungsverhältnissen unterstellt werden – auch dann, wenn mit der Promotion die Qualifikationsphase erfolgreich abgeschlossen wurde. Befristete Arbeitsverträge sind mittlerweile für fast alle nicht-professoralen WissenschaftlerInnen die Regel geworden, die tatsächlich vier Fünftel der Forschungsarbeit und zwei Drittel der Lehre an Hochschulen leisten. Viele WissenschaftlerInnen werden auf Basis von Zwangsteilzeitverträgen – auf halben, Drittel- oder gar Viertelstellen – beschäftigt; unbezahlte Mehrarbeit wird gleichwohl stillschweigend erwartet. Die Weiterqualifikation – der eigentliche Grund für die Mehrarbeit – wird zur in der Freizeit zu erledigenden Privatangelegenheit erklärt. Viele Betroffene finden sich nach einer langen Serie von befristeten Arbeitsverträgen in einer beruflichen Sackgasse wider und haben – überqualifiziert und im fortgeschrittenen Lebensalter – auf dem außerwissenschaftlichen Arbeitsmarkt nur wenig Perspektiven. Sie greifen häufig nach jedem, auch noch so prekären Strohalm.

Mit dieser Lebenslüge muss endlich Schluss sein. Statt an der Professur hat sich die Hochschulpersonalstruktur der Zukunft an der Profession zu orientieren und allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, unabhängig davon, ob sie auf eine Professur berufen werden oder nicht, die Chance zu eröffnen, Wissenschaft als Beruf zu betreiben.

## **Keine Fristverträge für Daueraufgaben**

Für Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement müssen die Hochschulen daher Funktionsstellen einrichten, auf denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eigenständig und auf Dauer, d. h. auf Basis tarifvertraglich geregelter, unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse, tätig sein können. Das ist Voraussetzung für die Kontinuität und Qualität wissenschaftlicher Arbeit, gibt aber auch der wissenschaftlichen Karriere das Maß an Planbarkeit, das erforderlich ist, um den Arbeitsplatz Hochschule und Forschung attraktiv zu halten und wieder attraktiver zu machen – auch im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern in In- und Ausland. Die Phase der wissenschaftlichen Qualifizierung endet mit der Promotion, danach muss die unbefristete Beschäftigung das Regelbeschäftigungsverhältnis werden. Ein tenure track kann unterschiedliche Karriereperspektiven enthalten, sollte aber den dauerhaften Verbleib an der Hochschule ermöglichen, unabhängig davon, ob die Berufung auf eine Professur erfolgt oder nicht. Insofern war der Grundansatz der 5. HRG-Novelle von 2002 richtig, die Befristung von Arbeitsverträgen nicht unbegrenzt zuzulassen, und ist die Festlegung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes von 2007, dass praktisch unbefristet befristet beschäftigt werden darf, verhängnisvoll und falsch. Im Übrigen ist niemand gezwungen, auf Basis eines unbefristeten Beschäftigungsverhältnisses tatsächlich auf Dauer an einer Hochschule zu bleiben. Und: Auch die Drittmittelfinanzierung von Stellen zwingt nicht zur Befristung. Die Hochschulen haben die Verantwortung, im Rahmen einer nachhaltigen Strukturplanung und Personalentwicklung für Beschäftigungsperspektiven nach Auslaufen von Projekten zu sorgen.

Die Planbarkeit der wissenschaftlichen Karriere ist auch wichtig, um den Arbeitsplatz Hochschule und Forschung für Wissenschaftlerinnen attraktiver zu machen. Zwar sind vom Befristungsunwesen und von Prekarisierung Frauen und Männer gleichermaßen betroffen, die Auswirkungen auf Frauen und Männer sind jedoch unterschiedlich. Viele Frauen steigen aufgrund dieses steinigen Weges aus der Wissenschaft aus, statt in ihr aufzusteigen.

## **Entmystifizierung der Wissenschaft**

Um die Chancengleichheit von Frauen und Männern tatsächlich durchzusetzen bedarf es jedoch mehr als planbarer wissenschaftlicher Laufbahnen: nicht weniger als eine Entmystifizierung der Wissenschaft. Über die Strukturen hinaus muss die kulturelle Dimension von Wissenschaft auf den Prüfstand: der Mythos, dass Wissenschaft eben kein Beruf, sondern eine Lebensform sei, der sich ein Wissenschaftler voll und ganz hingeben muss. Verbleib und Erfolg in der Wissenschaft zwingen zur Selbstausschöpfung und zu Arbeitsformen und Arbeitszeiten, die gesellschaftlich destruktiv sind.

Wissenschaft mag für viele eine Berufung sein, ist aber im Kern ein Beruf wie jeder andere auch. Und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie in anderen Branchen – mit den im Grundsatz gleichen Rechten und Pflichten, die sich aus einer lohnabhängigen Beschäftigung ergeben. Auch in der Wissenschaft müssen die Beschäftigungsbedingungen tarifvertraglich geregelt werden. Darüber hinaus bedarf es endlich verbindlicher Strukturen transparenter Rekrutierung, Personalentwicklung, Teamarbeit und Mitarbeiterführung, die in anderen Berufsfeldern längst selbstverständlich sind.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben traditionell nur selten das Selbstverständnis von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Neuerdings wird diese – historisch eher elitär geprägte – Distanz zum Arbeitnehmerselbstverständnis instrumentalisiert, um prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu etablieren: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen und wollen nicht abhängig beschäftigt sein, sondern sich unabhängig von Ort und Zeit und selbstständig ihrem Forschungsgegenstand widmen. Ist dies jedoch nur eine Chiffre für prekäre Beschäftigung, leistet diese Philosophie einer in höchstem Maße ausgeprägten Abhängigkeit und Unselbstständigkeit Vorschub. Nicht die/der selbstständige Arbeitskraftunternehmer/in, sondern die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer mit umfassenden sozialen Rechten sollte daher das Leitbild für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sein.

### **Eine Personalstruktur für die Wissenschaft: einheitlich und flexibel**

Eine wirklich aufgabengerechte Hochschulpersonalstruktur ist eine einheitliche Personalstruktur, die zugleich flexibler als die überkommene hierarchische Personalstruktur ist. Wir brauchen nicht immer neue Personalkategorien, jetzt auch noch Lehrprofessuren und Lecturer, sondern ein einheitliches Personalstatut für alle wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, perspektivisch für alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlerinnen auf Basis eines einheitlichen Arbeits- und Dienstrechts für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das auch den Beamtenstatus überwindet.

Dies schließt nicht aus, sondern ist im Gegenteil die Voraussetzung dafür, das individuelle Zeitbudget von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern flexibel auszuhandeln, ohne dadurch eindimensionale Spezialisierungen und berufliche Sackgassen zu etablieren. Das schließt ausdrücklich ein, dass auch das bisherige System einer starren und pauschalen Regelung der Lehrverpflichtung flexibler handhaben zu können, aber eben ohne spezielle Lehr- und Forschungsprofessuren mit jeweils spezialisierten Qualifizierungslaufbahnen zu etablieren.

Die Forderung nach einem einheitlichen und zugleich flexiblen Personalstatut schließt Universitäten und Fachhochschulen ein und eröffnet den Fachhochschulen die Option, die Lehrverpflichtung für Professorinnen und Professoren zu re-

duzieren und Wissenschaft als Beruf in Forschung, Lehre und Management betreibende oder sich für diesen Beruf qualifizierende wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzustellen. Die Statushierarchie zwischen Universitäten und Fachhochschulen ist durch eine tätigkeitsorientierte tarifliche Eingruppierung zu überwinden.

### **Prekäre Beschäftigung bekämpfen – prekär Beschäftigte schützen**

Mit dem »wissenschaftlichen Prekariat« hat sich unter dem unbefristeten Normalarbeitsverhältnis und den durch Befristung und Zwangsteilzeit gekennzeichneten atypischen Beschäftigungsverhältnissen als neue dritte Ebene von völlig ungeschützten, eben prekären Beschäftigungsverhältnissen etabliert. Zu einem immer größeren Anteil wird Forschung und Lehre an den Hochschulen von nebenberuflich tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geleistet, die als Lehrbeauftragte arbeiten. Die hierfür bezahlten Vergütungen liegen im Bereich des Stundenlohns ungelernter Arbeiter/innen – allerdings je geleisteter Lehrveranstaltungsstunde: Vor- und Nachbereitungszeiten, die die Präsenzzeit im Hörsaal um ein Vielfaches übersteigen, werden nicht bezahlt. Nicht selten werden Lehraufträge unvergütet erbracht. Privatdozentinnen und Privatdozenten sind sogar zur unentgeltlichen Lehre verpflichtet, um ihren Status an der Universität und ihre Chancen, auf eine Professur berufen zu werden, nicht zu verlieren. Schließlich hinterlässt sogar Hartz IV seine Spuren auch an der alma mater: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kommen bisweilen als Ein-Euro-Jobber zum Einsatz. Mit diesen Auswüchsen muss Schluss gemacht werden, und zwar schleunigst, aber nicht auf Kosten der Betroffenen, für die prekäre Arbeit häufig ein letzter Strohalm ist, an den sie sich klammern, sondern mit einer verlässlichen Perspektive für bisher prekär beschäftigte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Der Lehrauftrag muss wieder auf seine ursprüngliche Funktion zurückgeführt werden: das grundständige Lehrangebot dort gezielt zu ergänzen, wo Expertinnen und Experten aus der beruflichen Praxis gefragt sind. Tatsächlich werden Lehraufträge heute von vielen Hochschulen systematisch missbraucht, um Lücken in der Lehrkapazität zu schließen. Aus einer übergangsweisen Notlösung wird häufig eine billige Dauerlösung. Zum Einsatz kommen zunehmend Lehrbeauftragte, die nur noch formal nebenberuflich tätig sind, tatsächlich aber auf die Einkünfte aus der prekären Beschäftigung angewiesen sind. Überall dort, wo Lehrbeauftragte faktisch dauerhaft Lehraufgaben wahrnehmen, müssen reguläre Beschäftigungsverhältnisse – z. B. für Lehrkräfte für besondere Aufgaben – geschaffen werden. Der Anteil der durch Lehrbeauftragte erbrachten Lehre ist auf eine Quote – von z. B. maximal 20 Prozent – zu beschränken.

Soweit der Einsatz von Lehrbeauftragten als nebenberuflich Tätige dennoch erforderlich ist, brauchen sie Vertragsverhältnisse als freie Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter, für deren Ausgestaltung Mindeststandards gelten müssen. Für sie sind eine angemessene Bezahlung, die Vor- und Nachbereitungszeiten einschließen, eine angemessene Vertragsdauer oder die Beteiligung der Hochschulen an den Sozialversicherungsbeiträgen festzuschreiben. Lehrbeauftragte müssen Hochschulmitglieder mit dem Recht zur Teilnahme an der akademischen Selbstverwaltung und der Nutzung der hochschulischen Infrastruktur werden.

### **Selbst organisieren – gewerkschaftlich organisieren**

Der Trend zur Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen ist einerseits ein hausgemachtes Problem der Wissenschaft: Die systematisch angelegten Sackgassen in der wissenschaftlichen Laufbahn bringen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hervor, die alles mit sich machen lassen (müssen); die eindimensionale Ausrichtung der Hochschulpersonalstruktur auf die Professur legitimiert die Entrechtung der Mehrheit des wissenschaftlichen Personals. Andererseits ist die Prekarisierung ein Phänomen, das auch andere Bildungsbereiche, z. B. den Weiterbildungssektor, und andere Branchen, sowohl im Dienstleistungs- als auch im Industriebereich betrifft. Prekarisierung ist eine zugespitzte Form der neoliberalen Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Der Kampf gegen Prekarisierung muss daher einerseits an den spezifischen Bedingungen in der Wissenschaft ansetzen, kann aber andererseits nicht isoliert von ähnlichen und gleichen Auseinandersetzungen in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen erfolgreich geführt werden.

Die Gewerkschaften sind prädestiniert dafür, die Auseinandersetzung um Prekarisierung von Wissenschaft in einen gesellschaftlichen Kontext zu stellen und entsprechende Bündnisse zu organisieren. Die Bildungsgewerkschaft GEW organisiert Kolleginnen und Kolleginnen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen, aber auch in anderen Bildungsbereichen von der Kita über die Schulen bis zur Weiterbildung. Die GEW gehört dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), wo sie gemeinsam mit anderen Einzelgewerkschaften Strategien zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung und zum Schutz prekär Beschäftigter erarbeitet.

Wir brauchen daher auf der einen Seite betroffene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich vor Ort an Hochschulen und Forschungseinrichtungen selbst organisieren. Auf der anderen Seite bedarf es einer überregionalen Vernetzung und gesellschaftlicher Bündnisse, wenn wir Erfolg haben wollen. Die GEW ist bereit, Initiativen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu unterstützen. Die GEW ist für alle Beschäftigtengruppen offen – schon heute organisieren sich viele Lehrbeauftragte oder Doktorandinnen und Doktoranden in der GEW.

*Andreas Keller*, Dr. phil., leitet den Vorstandsbereich Hochschule und Forschung beim Hauptvorstand der GEW



140 Seiten, Broschur, Karl Dietz Verlag Berlin 2008  
9,90 Euro, ISBN 978-3-320-02157-3

Bestellungen über:

- Buchhandel
- Karl Dietz Verlag Berlin  
E-Mail: [info@dietzberlin.de](mailto:info@dietzberlin.de)
- Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Tel.: 030 44310-123 · Fax: 030 44310-122  
E-Mail: [info@rosalux.de](mailto:info@rosalux.de)



92 Seiten, Broschur, Karl Dietz Verlag Berlin 2008  
6,90 Euro, ISBN 978-3-320-02158-0

Bestellungen über:

- Buchhandel
- Karl Dietz Verlag Berlin  
E-Mail: [info@dietzberlin.de](mailto:info@dietzberlin.de)
- Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Tel.: 030 44310-123 · Fax: 030 44310-122  
E-Mail: [info@rosalux.de](mailto:info@rosalux.de)





